

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
nur das erste Wort frei. Insetrate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 28. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Aus England.

London, 28. Januar.

Das Resultat der Adreßdebatte.

Durch die Schwäche der Opposition wurde die Adreßdebatte zu einer Farce. Das offizielle liberale Amendement erwies sich als ein arger Mißerfolg. Es war zu weit gefaßt. Es wollte allen Schattierungen des Liberalismus gefallen und befriedigte deshalb nur wenige. Das ist gewöhnlich das Schicksal aller Weitherzigkeit in der Politik.

Die Frage über den persischen Meerbusen wurde in einem fast leeren Hause verhandelt. Während der Debatte waren vielleicht einige dreißig Abgeordnete anwesend. In der deutschen Presse wurde diese Diskussionsart als ein Ereignis von der größten Bedeutung betrachtet. Jedoch scheint ihr das Wichtigste entgangen zu sein. Der liberal-imperialistische Abgeordnete Henry Norman, der mit seinem Parteigenossen Sir E. Grey für ein anglo-russisches Einvernehmen eintritt, beteiligte sich an dieser Debatte und sagte: „... Es ist bekannt, daß in Bezug auf den persischen Meerbusen ein geheimes Verabredung zwischen England und Deutschland existiert.“

Lord Cranborne: „Sehr geehrte Sie, daß ich Sie unterbreche. Wollte man dementieren, daß dieser oder jener geheime Vertrag existiere, so wäre es mit dem geheimen Vertrag bald zu Ende.“

Mr. Norman: „Ich wiederhole nur eine allgemeine bekannte Ansicht, es seien Gründe zur Befürchtung vorhanden, daß ein solcher Vertrag existiere...“

Das war ohne Zweifel ein sehrreicher Zwischenfall. Es dürfte wohl gestattet sein, aus ihm den Schluß zu ziehen, daß ein anglo-deutscher Vertrag in Bezug auf den persischen Meerbusen tatsächlich abgeschlossen wurde, höchstwahrscheinlich zu Anfang des südafrikanischen Krieges.

Die Bagdadbahn kontra Voerenrepubliken!

Das Gespräch Dr. v. Siemens, des Vaters der Bagdadbahn, mit Kaiser Wilhelm II. über die Sympathie der Frauen und Kinder Deutschlands mit den Voeren dürfte wohl bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Londoner Reise stattgefunden haben.

Die Adreßdebatte hat auch eine irische Resolution gebracht, die den zwangswiseigen Verkauf der Grundherren und die Abschaffung aller Ausnahmegesetze verlangt. Von Homerale spricht sie merkwürdigerweise gar nicht.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Abgeordnete Sir Joseph Dimsdale (Lord Mayor der inneren Stadt von London) einen Antrag bezüglich des an dieser Stelle bereits besprochenen Telephonhandels einbrachte. Der Antrag ist indes in ganz mysteriöser Weise von der Liste verschwunden. So geht man in England der Korruption zu Leibe.

Die Erbschaftswahl in Dewsbury.

Die Vorgänge in Dewsbury werden hier mit vieler Aufmerksamkeit verfolgt. Das Eintreten des sozialistischen Kandidaten in den Kampf gab dieser Erbschaftswahl ein Interesse, das ihr sonst gar nicht zukommen würde. Bei den letzten Hauptwahlen im Jahre 1900 standen sich in Dewsbury die zwei traditionellen Kandidaten gegenüber. Mr. Mark Oldroyd (Lib.) erhielt 6045 Stimmen, Mr. Morrow (Konf.) nur 3897. Der Liberale wurde somit gewählt.

Oldroyd ist eine Art Schlumberger und ihm haben die Arbeiter von Dewsbury eine so bedeutende Mehrheit. Nach einem Jahre zog er sich indes vom politischen Leben zurück und eine Erbschaftswahl wurde deshalb notwendig. Unmittelbar vor seinem Rücktritt beschloffen die Socialdemokraten von Dewsbury D. Quells, den Redacteur der „Justice“, als Kandidaten aufzustellen. Dieser fuhr nach Dewsbury und wurde in einer öffentlichen Versammlung zum Kandidaten ernannt. Die dortigen Genossen glaubten, die Sache laide keinen Verzug, da ihnen sonst irgend ein Liberal-Labour, d. h. ein liberaler Arbeiterkandidat zuvorkommen würde. Mit diesem übereilten Vorgehen war die J. L. P. (Unabhängige Arbeiterpartei), deren Führer Keir Hardie ist, nicht einverstanden. Die Führer dieser sozialistischen Organisation wollten mit den Arbeitern zusammengehen, um einem Mitgliede der J. L. P. die Kandidatur zu verschaffen. Dieses Mitglied war Genosse Hartley, der ohne Zweifel ein Vorrecht auf Dewsbury hat, da er in diesem Wahlkreise vor einigen Jahren kandidiert hatte. Die beiden sozialistischen Organisationen: die S. D. F. (Socialdemokratische Föderation) und die J. L. P., für deren Vereinigung in den letzten Monaten viel gethan wurde, schienen durch diese Kandidatur sich feindlicher denn je zu werden. Gleichheitsweise besitzt Hartley ein großes socialistisches Solidaritätsgefühl. Er ersieht in einer Wahlversammlung, in der Quells sprechen sollte, und erklärte von der Tribüne herab, er sei mit ganzem Herzen bereit, für Quells zu agitieren, der würdiger sei, den Wahlkreis zu vertreten. Noch mehr: in einem Briefe an die „Clarion“ beschuldigte er die Führer seiner eigenen Partei, Keir Hardie, Bruce Gosler und J. M. Macdonald, daß ihre Agitation gegen die S. D. F. nur eine gemeine Intrigue sei. Dieses Aufstören Hartleys machte Eindruck. Eine ganze Anzahl von Zweigvereinen der J. L. P. faßten Sympathiebeschlüsse für Quells und brachten dadurch die Führer der J. L. P. zum Schweigen. Trotz dieser günstigen Wendung haben die Parteistreitigkeiten der Kandidatur Quells geschadet. Es ist

fraglich, ob die S. D. F. gut beraten war, als sie aus ihrer Mitte einen Kandidaten für Dewsbury aufstellte. Auf irgend welchen Erfolg, auch nur auf den sogenannten moralischen Sieg ist nicht zu rechnen. Wie bekannt, kandidierten dort Mr. Runciman (liberaler Imperialist) und Mr. Haley (Konf.). Es ist höchst wahrscheinlich, daß Runciman an die 5000 Stimmen erhalten und somit gewählt wird. Wenn Quells 800-1000 Stimmen erhält, so würde die S. D. F. alle Ursache haben, sich zu beglückwünschen. Das dürfte wohl das Maximum sein. Und doch wäre ein Socialdemokrat wie Quells in irgend einem andern konstitutionellen Lande Europas schon längst im Parlament. Er begann als gewöhnlicher Proletarier, als ein unskilled labourer, arbeitete sich durch Selbststudium zu einer bedeutenden Kenntnis der politischen Oekonomie heraus, lernte Französisch und Deutsch, so daß er Margens „Uebung der Philosophie“ aus dem Französischen ins Englische übersehte. Und die Uebersetzung ist eine ausgezeichnete. Zusammen mit Bog verfaßte er einen „Socialistischen Katechismus“. Er redigiert die „Justice“, ist ein guter humorvoller Redner und ein eifriger gewerkschaftlicher Organisator. Nichts desto weniger wird er, wie ich fürchte, eine schlimme Niederlage erleiden, da er gegen den Krieg spricht und schreibt und überdies ein revolutionärer Socialdemokrat ist. Aber eines ist sicher: die Stimmen, die auf ihn entfallen, werden von wirklichen Socialdemokraten kommen.

Frische Gemeindevahlen.

Mit den politischen und wirtschaftlichen Fortschritten, die Irland in den letzten Jahren erlebte, erwacht auch der Klassenkampf. Zu den Konferenzen der Nationalisten erscheinen auch Vertreter des Landproletariats, aber nicht mehr als Nachläufer, sondern als Gegner der Pächter und Eigentümer, die die Arbeiter schlecht behandeln. Als ein weiterer Beweis des Klassenkampfes innerhalb des irischen Volkes sind die Gemeindevahlen zu betrachten die vor wenigen Tagen in Dublin stattfanden und folgende Resultate ergaben:

Als Stadtrat.
Hennessey (Homeruler) 751 Stimmen
Stewart (Soz.) 207
Als Stadtoberordnete.
White (Homeruler) 530 Stimmen
McLaughlin (Soz.) 371
Allen (Hausbesitzerverein) 161
McCall (Homeruler) 1424
Connolly (Soz.) 481
Beardwood (Hausbesitzer) 191

Unsere Genossen erhielten also über 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Wie bekannt, besteht die irische Socialdemokratie erst seit zwei Jahren. Sie verfügt über eine ganz kleine Monotonographie: „Die irische Arbeiterrepublik“, die oft ganze Abschnitte aus dem ersten Bande von Marx „Kapital“ zum Abdruck bringt. Es muß ferner hervorgehoben werden, daß unsre Genossen von den katholischen Priestern mit großer Heftigkeit als Atheisten und Revolutionäre bekämpft werden. Während der Gemeindevahl-Agitation erklärten die Priester, daß alle Männer und Frauen, die den Socialdemokraten ihre Stimme gäben, von der Kirche nicht mehr anerkannt würden. Die in Dublin für unsre Genossen abgegebenen 1008 Stimmen haben deshalb eine große Bedeutung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar.

Das Konstitutionsrecht als — Erpressung.

Zu unserem Leitartikel über die Verurteilung mehrerer Zimmerleute wegen Erpressung wird uns aus juristischen Kreisen noch geschrieben:

Socialdemokraten erachten es für die Pflicht jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, einer Organisation beizutreten, die im Gegensaße zu der völlig unzulänglichen Kraft des Einzelnen, zumal innerhalb der unterdrückten Klasse, durch die Zusammenfassung der Kräfte zu höheren Zielen zu verhelfen vermag. Wenn in dem vorliegenden Fall das Gericht diese im höchsten Grade sittliche, kultur-erhaltende und kulturfördernde Anschauung geteilt oder doch für berechtigt angesehen hätte, so hätte es die Erklärung der Zimmerleute, daß sie mit einem ihrer Organisations Widerstreben das Zusammenarbeiten verweigern, für manhaft und pflichttreu, keineswegs aber für strafbar erachten müssen.

Folgt man nun aber selbst dem Gericht auf den entgegen-gesetzten Standpunkt und setzt man sich auch weiter über den Grund-satz hinweg, daß eine an sich ehrenwerte oder doch straffreie Handlung nicht durch ihre Motive zu einer strafbaren werden kann, so bleibt das Erkenntnis doch juristisch völlig unhaltbar. Die Zimmerleute sollen bei der gedachten Erklärung, die sie ihrem Arbeitgeber gegenüber abgaben, von dem Motiv geleitet worden sein, dadurch den Nichtorganisierten zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bestimmen. So unterstellten die Richter den Zimmerleuten, Letztere konnten doch aber ebenso gut schließlich nur den Wunsch gehabt haben, daß der Nichtorganisierte irgendwo anders, nur nicht in ihrer Mitte arbeite! Ja, es ist nicht einmal anzunehmen, daß die Zimmerleute, nachdem sie erst nach den verschiedenen Vorgängen gesehen hatten, mit wem sie es zu thun hatten, überhaupt bereit gewesen wären, den Raum in ihre Organisation aufzunehmen, geschweige denn, daß gerade dieser Wunsch sie geleitet hätte.

Aber weiter! Der — angeblich — von ihnen gewünschte Eintritt des andern in die Gewerkschaft hätte dieser — so führt das Urteil aus — einen rechtswidrigen Vermögensvorteil in Form des monatlichen Beitrages gebracht. Dies Moment mußte von Gericht angenommen werden, denn ohne dies keine Erpressung. (§ 23 St. G. B.) Diese Anschauung aber ist unlogisch, unjuristisch und widerspricht den Lebensverhältnissen. Eine Gewerkschaft nimmt doch nicht bloß — wäre dies der Fall, so würde sie ja gerade zum Gegenteil ihres Zweckes werden —, sie giebt doch auch. Und zwar giebt sie den einzelnen Mitgliedern mehr, als diese ihr geben, denn darauf beruht gerade das Prinzip der Zusammenfassung der Kräfte. Gegen die monatlichen Beiträge der Mitglieder gewährt ihnen die Gewerkschaft die Vorteile der Organisation, die jedem Arbeiter und jedem im Leben Stehenden genügend bekannt sind.

Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaften, dank der reaktionären Gesetzgebung, keine Rechtspersonen (Korporationen) sind, mithin kein von dem Vermögen der einzelnen Mitglieder gesondertes Vermögen besitzen. Wenn man also auch mit dem Gericht in dem Beitrag des einzelnen Mitgliedes einen Vermögensvorteil, eine Bereicherung der Gewerkschaft erblicken sollte, so könnten durch denselben nur die einzelnen Mitglieder bereichert werden. Da nun aber alle Mitglieder den gleichen Beitrag zu zahlen haben, so würde der Neueintretende in gleicher Weise durch die Beiträge der übrigen bereichert werden, so daß sich der angebliche Vermögensvorteil der übrigen schon rechnungsmäßig aufheben würde. Ja, da in der Regel die übrigen Mitglieder bereits ein Gewerkschaftskapital gesammelt haben, an welchem auch der Neueintretende teil hat, so würde ein Vermögensvorteil nur auf seiner Seite liegen. Hierbei ist freilich nur die eigne utopistische Auffassung des Gerichts von dem schon in dem Beitrage liegenden Vermögensvorteil zu Grunde gelegt.

Endlich würde auch das zur Erpressung gezielte notwendige Moment der „Rechtswidrigkeit“ des Vorteils fehlen. Über könnte man wohl umgekehrt annehmen, daß der rechtswidrige Vermögensvorteil auf Seite gerade des nichtorganisierten Arbeiters liegt, der, ohne selber pflichtgemäß beizutreten und beizusteuern, dennoch die Vorteile hinnimmt, die durch die Organisation der übrigen auch ihm zufallen, z. B. den dadurch erzielten höheren Lohn! —

Zum Fall Stietenron

liegt jetzt die Begründung des mit dem Erkenntnis des Militärgerichts in direktem Widerspruch stehenden Urteils der Civilkammer des Landgerichts Javern im Elsaß vor. Rittmeister z. D. v. Stietenron war bekanntlich verurteilt worden, an die Mutter, sowie den Großvater des von ihm erschossenen italienischen Arbeiters Faggi bis zu ihrem Tode je eine vierzehnjährliche Rente von 80 Mark als Entschädigung zu zahlen. In den entscheidenden Stellen lautet diese überaus bemerkenswerte Begründung:

Es geht aus dem kriegsgerichtlichen Erkenntnis und den ihm zu Grunde liegenden Zeugenaussagen mit Sicherheit hervor, daß Stietenron den üblichen Schuß auf Faggi abgegeben hat, als dieser ihn mit erhobener Schippe bedrohte, daß also Herr v. Stietenron lediglich, um sich gegen einen Angriff Faggi zu verteidigen, diesen getötet hat. Zugleich aber kann es nach demselben Urteil einem Zweifel nicht unterliegen, daß die Tötung Faggi zur Abwendung des fraglichen Angriffs nicht notwendig war.

Nach den Grundätzen des bürgerlichen Rechts habe Stietenron die Finte zwar als Verteidigungsmittel, nicht aber als Schußwaffe benutzen dürfen. Er konnte den Schuß, zu dem Faggi mit der Schippe ausgehollt, sehr wohl mit dem Flintenlauf auffangen und unschädlich machen. Zu dieser Beschränkung seiner Verteidigung sei er als früherer Soldat, der zu Furchtlosigkeit und Besonnenheit erzogen sei, verpflichtet gewesen. Vielleicht hätte er die Rotwehre auch noch nicht überschritten, wenn er Faggi durch einen Schuß ins Bein kampfunfähig gemacht hätte. Zur Tötung Faggi lag kein genügender Anlaß vor, zumal die übrigen Arbeiter sich ruhig verhielten und keine Miene machten, Faggi zu unterstützen. Herr v. Stietenron hat sonach in sachlicher Ueberschreitung der Rotwehre den Italiener Joseph Faggi getötet und ist daher verpflichtet, der Mutter sowie dem Großvater Faggi Schadenersatz, und zwar durch Entrichtung einer Geldrente zu leisten.

Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß das Landgericht Javern eine nochmalige Darstellung des Vorfalls durch Zeugenvernehmungen nicht für notwendig gehalten hat, sondern seinen Urteilspruch auf dem kriegsgerichtlichen Erkenntnis aufbaute, das Stietenron bekanntlich freisprach. Es ist das schon deshalb sehr zu bedauern, weil eine nochmalige Zeugen- und Sachverständigenvernehmung möglicherweise zu ganz andern gerichtlichen Feststellungen geführt hätte, als diejenigen es sind, zu denen das Kriegsgericht gelangte. Es wäre eine derartige nochmalige Verhandlung des Falles um so mehr zu wünschen gewesen, als auffallenderweise der Vertreter der Anklage vor dem Kriegsgericht, Kriegsgerichtsrat Oden, auf eine Verurteilung an das Oberkriegsgericht verzichtete, obwohl er die Handlung Stietenrons als Totschlag qualifizieren zu müssen geglaubt und demgemäß drei Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt hatte!

Andererseits ist es freilich um so bemerkenswerter, daß das Landgericht zu Javern zu der Auffassung gelangte, daß Stietenron die Rotwehre überschritten habe, obwohl es bei seiner Verurteilung der That lediglich von den Feststellungen anging, die in dem Kriegsgerichtserkenntnis niedergelegt waren. Immerhin gelangte das Landgericht auf Grund der „Feststellungen“ des Kriegsgerichts zu einer derartig milden Auffassung der That Stietenrons, daß die Stietenron auferlegte Geldbuße derartig geringfügig ausfiel, daß sie in der italienischen Presse als dürftiges Almosen bezeichnet werden konnte. Wäre der Fall Stietenron nochmals zum Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung gemacht worden, so wäre das Landgericht möglicherweise, ja man darf wohl sagen: wahrscheinlich, dahin gekommen, die Frage, ob Rotwehre vorgelegen habe, überhaupt zu verneinen. Denn von den zahlreichen Zeugen, die unter ihrem Eide bestritten, daß Faggi Stietenron irgendwie bedroht habe, wäre das Landgericht wohl auch zu einer andern Würdigung der Gutachten der medizinischen Sachverständigen gelangt, von denen zwei erklärten, daß der Schuß Faggi höchstwahrscheinlich in den Rücken getroffen habe, während der dritte medizinische Sachverständige,

Stabsarzt Dr. Neys-Saarburg, sogar erklärt hatte, daß es für ihn zweifellos sei, daß der Schuß in den Rücken des Getöteten abgegeben worden sei! Trotz dieser Gutachten hatte das Kriegsgericht bekanntlich angenommen, daß Stiezenrucker, wie er behauptete, den Schuß von vorn in den Hals Fozzils abgegeben habe.

Nichtsdestoweniger stellte sich das Landgericht Zabern auf den Standpunkt, daß Stiezenrucker durch das Abfeuern des Schusses seine Besonnenheit und Kaltblütigkeit habe vernichten lassen, die ein ehemaliger Offizier habe beweisen müssen. Insofern entschied das Landgericht gegen das Kriegsgericht, erklärte es dessen Folgerungen aus den Feststellungen für juristisch unhaltbar. Wichtiger wäre es freilich gewesen, die Feststellungen selbst einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen.

Deutsches Reich.

Neben.

Gelegentlich des Geburtstags Wilhelms II. hat der Kaiser mit dem Prinzen von Wales Ansprachen gewechselt, die in dem üblichen wärmsten, aber höchst unpolitischen Ton gehalten sind. Hervorgehoben ist aus der Rede Wilhelms II. die folgende Verherrlichung des britischen Weltreichs:

„Als Eure königliche Hoheit sich kaum erholt (von einer Krankheit) hatten, sandte Sie Ihr königlicher Vater im Dienste Ihres Vaterlandes auf die große Weltreise zu den britischen Unterthanen jenseit der Meere. Auf einer Strecke von über 40 000 Meilen haben Eure königliche Hoheit nur britischen Boden betreten und durch Ihre gewonnenen Wissen die entfernteren Teile des britischen Reiches und ihre loyale Bevölkerung zusammenfassen und fügen zu jenem Imperium Britannicum, von dem auch gesagt werden kann, daß in seinen Grenzen die Sonne nicht untergeht. Kaum heimgekehrt, sind Eure königliche Hoheit, dem Aufseher Ihres Vaters folgend, hierher geeilt, um als gern gesehener Familienmitglied meinen Geburtstag im Kreise der Meinen zu begehen.“

Dieser Hymnus auf das britische Imperium wird ja den Alldeutschen, die über die Granitbeherzerei Wilhelms so überschäumend erfreut waren, nicht sehr lieblich in die Ohren klingen. Sie bewiesen auch, wie viel Wert Wilhelm II. auf die englische Freundschaft legt, aber auf die wirkliche politische Entwicklung sind beide Lobsreden ohne Bedeutung.

In seiner inhaltlosen Antwort versicherte der englische Thronfolger, daß es ihm zur „größten Freude“ gereicht hätte, „nach Berlin haben kommen zu dürfen“, und er bedankte sich „für den sehr freundlichen Empfang“. Das entsprechende Lob auf das deutsche Imperium flocht er nicht ein.

Die englische Presse — wie die „Times“ — betrachteten die Reise des Prinzen von Wales als eine Sache rein persönlichen Familieninteresses, die der politischen Bedeutung gänzlich entbehre.

Mit Reisen und Reden wird in der That keine Politik gemacht.

Eine große Umantse der Armees hat der Kaiser zu Ehren seines Geburtstags vollzogen. Mehr als hundert Regimenter haben altländische Namen erhalten. Es giebt hinfort u. a. masurenische, kurländische, altnordische, clevesche, niedersächsische, kurheffische, samländische usw. Regimenter.

Der Kaiser begründet diese Neu-Taufe mit der Notwendigkeit der individuellen Entwicklung der einzelnen Teile; „nur im Wettstreit derselben“ — so heißt es in dem Armeebefehl — „werden die Eigenschaften und Kräfte lebendig, welche das Ganze auf eine höhere Stufe der Leistung zu bringen geeignet sind.“ Und er hofft, daß die neuen Namen „das Bewußtsein lebendig erhalten, daß unser deutsches Reich geschaffen ist durch die Tatkraft der einzelnen Glieder seines Volkes, und daß es die Pflicht jedes Angehörigen meines Heeres ist, seinen Stamm, seine Heimat im Wettstreit mit den andern zu Ehren zu bringen.“

Eine Heeresreform, die große Dinge leisten soll und wenigstens nichts kostet! —

Klindowström.

Nach längerem Leiden ist der konservative Reichstagsabgeordnete und Mitglied des Herrenhauses Graf Klindowström gestorben, im Alter von 56 Jahren.

Graf Klindowström bedeutete für das Junkertum ungefähr das, was Stumm für die Industrie. Er war einer der wildsten Scharfmacher gegen die Industrie. Ohne das mindeste Verständnis für die sozialistische Bewegung sah er im deutlichen Niederschlagen alles Heils in seinem ostpreussischen Kreise schaltete er mit dem schärfsten Terrorismus, jede politische Bewegung niederdrückend. Gegen die sozialdemokratische Agitation rief er unermüdet nach Polizei und Staatsanwaltschaft. Er schwärzte auch für die Prozeßierung von sozialdemokratischen Zeitungen, weil durch die hohen Geldstrafen und Gerichtslosten die Finanzen der Partei ruiniert würden: „Solch ein Spah“, so ein Prozeß, erklärte der Edle einmal im Herrenhaus, „kostet immer gegen 1000 R., selbst wenn die Strafe ganz gering ist.“

Je ungestümmer Graf Klindowström gegen den Umsturz kämpfte, umso mehr ebnete er die Wege der Sozialdemokratie. Gerade sein Wahlkreis Rastenburg-Gerdauen-Friedland gehörte zu den Kreisen des Ostens, in denen die letzten Wahlen eine ganz überraschende Verneinerung der sozialdemokratischen Stimmen ergaben. 1890 wurden in dem Kreise zum erstenmale sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 637, die bei der Nachwahl 1891 auf 458 heruntersinken. 1893 brachten wir es auch nur auf 675 Stimmen. Möglicherweise, bei den 1897 Wahlen stieg die Zahl auf 3263 gegen 9131 konservative und 2945 freisinnige Stimmen. Der Wahlkreis ist immer konservativ vertreten gewesen, nur 1874 entsandte er einen nationalliberalen und 1881 einen fortschrittlichen Kandidaten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es diesmal zur Stichwahl kommen wird. Auch dieser Wahlkampf wird unter dem Zeichen des Protivanders vor sich gehen. — Graf Klindowström war über den jähren sozialdemokratischen Auffschwung sehr aufgeregt und organisierte dann sich zum Trotz karnevalistische Kundgebungen gegen den Umsturz.

Als Agrarier betrieb Klindowström mit Vorliebe den politischen Kuhhandel. Er war ein Mann der mittleren Linie und des Ausgleichs und wurde wegen seiner Kompromisse von den reinen Blindlern gelegentlich mißtrauisch betrachtet. Indessen er that verdammt alles, was möglich war, um den Junkern auf Kosten des Volkes Vorteile zuzuschlagen.

Poladowski als „Umstürzler“. Stark unzufrieden sind einige Blätter mit dem Grafen Poladowski, weil er der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagsdebatten nicht schmeichelnd genug entgegengetreten sei. Die „Kreuz-Zeitung“ meint, Graf Poladowski hätte in der Arbeitslosen-debatte statt sachlichen Eingehens die Anfrage, deren frivolster Zweck auf der Hand lag, wenn überhaupt, kurz dahin zu beantworten, daß die Regierung das nach Maßgabe der Umstände Mögliche thun werde, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, sich aber auf allgemeine Auseinandersetzungen über die Ursachen und den Umfang des Übels nicht einzulassen könne.

Und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erbofen sich, weil der unglückliche Graf in einem schwachen Augenblick die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei anerkannt habe.

Diese Angriffe wären ja an sich ehrenvoll, indessen den Minister der „gedulbigen“ Sozialreform werden sie leider in unferm Sinne nicht bessern.

Konservativer Wahlrechtsah. Während Herr Dertel neulich wiederholt betonte, kein Konservativer sei für die Verschleppung des Reichstags-Wahlrechts, begründet die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer die Nicht-Notwendigkeit, das

verfassungsmäßige Recht des Wahlgeheimnisses zu schützen, mit folgenden deutlichen Sätzen:

„Das Reich hat keine Veranlassung, die grundsätzlichen Bestrebungen, die unter dem Schutze des allgemeinen Wahlrechts blühen, von Amts wegen unter seine Flügel zu nehmen.“

Das heißt, das Reich darf unter keinen Umständen die Verfassung wahren und das Wahlgeheimnis schützen. Die Konservativen erklären sich höchstens mit einem durch gelegentliche Wahlbeeinflussungen gefälligen und verkrüppelten Wahlrecht als einverstanden.

Hat der Graf Poladowski das auch insgeheim gedacht, als er ohne jeden Grund den Schutze des Wahlrechts ablehnte? —

Von unferm Platz an der Soume.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird in einer Zuschrift aus Tjingtau vom 5. Dezember vor. J. der Umstand als besorgniserregend bezeichnet, daß Yuan seine wohl-disciplinierten, zuverlässigen Soldaten aus Schantung nach Tschili zieht. Außer in der Nähe von Weichien ist von den Truppen des Yuan in Schantung wenig mehr zu sehen. Yuan wird dieselben in dem von Häubern und Marodenem schrecklich heimgeführten Tschili wohl gebrauchen können. Schon jetzt hört man, daß er mit eiserner Hand Ordnung schaffen, aber Schantung kann auch ein schwerer militärischer Kampf nicht erdulden. Das Häuberenwesen schiebt bei jeder Verminderung des Trudens sofort ins Kraut. Der Artikel fährt fort: Im übrigen ist es jetzt in Schantung recht ruhig und friedlich. Der Eisenbahnbau macht mächtige Fortschritte, die Erdarbeiten für den Damm sind schon bis Tsinanfu vorangeschritten. Die am 1. Dezember eröffnete Eisenbahnstrecke Kaumi-Tsingtau ist schon über die 90 Kilometergrenze in das eigentliche selbständige Schantung vorgebrungen. Seitdem ist eine vierte Klasse eingestellt worden. Die Eisenbahn wird auch von Chinesen in ziemlich großer Zahl benutzt. Der Handelsverkehr nach Tjingtau ist noch recht flau. Die Kaufleute im Innern haben meist noch keine Geschäftsverbindung mit Tjingtau angeknüpft. Infolgedessen hört man auch in Tjingtau Geschäftsleuten klagen. In Kaumi, dem äußersten vorgehobenen Posten der deutschen Interessensphäre, wird eine Kaserne gebaut; das ist ein offenes Zeichen, daß man die Interessensphäre deutscherseits erst nimmt. Bisher sind die Truppen in Kaumi in der Prüfungshalle untergebracht.

Die geschäftliche Lage unserer ostasiatischen Kolonie ist also noch immer eine außerordentlich schlechte. Der Handelsverkehr Tjingtaus mit dem Hinterland ist noch gleich Null. Die Geschäftsleute in der Hauptstadt des deutschen Pachtlandes klagen. Der Eisenbahnbau hat an diesen tröstlichen Zuständen noch nichts verändert, wenn auch die Chinesen die Bahn als bequeme Gelegenheit zur Personenbeförderung benutzen.

Besonders interessant ist aber, daß Deutschland freisch-freudlich daran geht, auch außerhalb unferes Pachtlandes, innerhalb der Interessensphäre, Kasernen anzulegen, als ob diese Interessensphäre dem Pachtgut bereits in aller Form einverleibt wäre! Wozu hat man denn durch einen „Vertrag“ vom 6. März 1898 die Grenzen des Pachtlandes abgesteckt, wenn man auch weit jenseits dieser Grenzen Kasernen baut, kurz den Herrn des Landes spielt? Daß die deutschen Soldaten innerhalb dieser Interessensphäre zu Zeiten immerer Unruhen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ Streifzüge unternahmen, mag noch hinzugefügt werden; daß sich Deutschland dort aber dauernd militärisch festsetzt, verstoßt entschieden gegen den Pachtvertrag, der ausdrücklich nur das 540 Quadratkilometer große „Gouvernement Kiautschou“ als deutschen Besitz reklamiert. Man sieht aber jezt ganz deutlich, wozu von der Regierung die Truppenvermehrungen für Kiautschou verlangt werden: man will überall in der Interessensphäre Militärstationen errichten, um dann eines schönen Tages dies chinesische Gebiet dem „gepachteten“ Gouvernement einzuverleiben, mit oder ohne neuen Pachtvertrag. Ist man soweit, so wird man dann die ganze Provinz Schantung als neue „Interessensphäre“ in Anspruch nehmen. Auf diese Weise gebent man sich in aller Gemütsruhe in das Gebiet des Pachtlandes hineinzufressen. Der China-Kriegszug scheint, hatt abzuwachen, unsere Weltpolitik nur zu neuen völkerrechtswidrigen Anektionen angereizt zu haben.

Aus der Zolltariffkommission angetreten ist nach dem „Pfälz. Courier“ der nationalliberale Abgeordnete Freiherr Heyl zu Herrnsheim. Als Grund des Austritts wird angegeben, daß die nationalliberale Fraktion seine weitergehenden Wünsche für den Schutze der Landwirtschaft nicht genügend unterstütze. Thatsächlich ist Herr v. Heyl in der Zollkommission als einer der rechtlichen Hochschulzöller angetreten. Seine Stelle in der Kommission soll fortan Abg. Sieg einnehmen.

Vom taktischen Standpunkt. Die „Deutsche Tagesztg.“ wendet sich gegen den „Westfalen“, das Organ des westfälischen Bauernvereins, weil dieses Blatt erklärt hat: die Vertreter des Bundes der Landwirte würden unrecht thun, wenn sie bei der eintretenden Notwendigkeit, höhere Zölle als die des Regierungsentwurfes zu erreichen, das ganze Werk der Tarifrevision zum Scheitern bringen wollten; denn den jetzigen Zöllen gegenüber bedeuten die Zölle der Vorlage eines so wesentlichen Verbesserungen, daß eine solche unter keinen Umständen zurückgewiesen werden dürfe. Die „Deutsche Tageszeitung“ ruft geärgert aus:

„Wie unglücklich ungeschickt ist vom taktischen Standpunkte aus diese Aeußerung des westfälischen Blattes! Sieht es denn wahrhaftig nicht ein, daß es durch solche Aeußerungen auch das gefährdet, was es in äußerster Notlage erreichen, womit es sich begnügen will?“

Die Klage über das Ungeschick des „Westfalen“ bestätigt nur, was wir stets betont haben, daß die Ueberzölle der Wandler nicht erst gemeint sind, sondern um der Taktik entspringen, möglichst unerschämmt zu fordern, um bei einer Herabsetzung des Geforderten immer noch das eigentlich Gewollte zu erreichen.

Aber „wie unglücklich ungeschickt vom taktischen Standpunkt“ ist es doch, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst gern eine „wissenschaftliche Errechnung“ ihren Zöllen nachträgt, sich im Eifer gegen das Ungeschick des „Westfalen“ zu dem Geständnis verleiten läßt, daß ihre agrarischen Forderungen eben nur „Taktik“ sind! —

Zwangserziehung Minderjähriger. Dem sächsischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Zwangserziehung Minderjähriger zugegangen, dessen „Begleitung“ ein Schredensbild von der Verrohung der Jugend entwirft. Die Jugend würde früher als zuvor selbständig und damit verdorben:

Haltlose Naturen ergeben sich ziellos dem Genuß und Schreden, wenn die Mittel dazu fehlen, vor Diebstahl, Betrug, Unterschlagungen und wie die jüngste Zeit wieder gelehrt hat, selbst vor Raub und Mord nicht zurück. Von jugendlichen begangene Selbstschädigung, Körperverletzung, Nötigung und Verwundung sind nur zu häufig, und bei öffentlichen Unruhen stellen halbwüchsige Wurschen die frechten Ruhestörer und die gewaltthätigsten Anführer. Von der weiblichen Jugend verfallt aber leider ein nur zu großer Teil, kaum der Schule entwachsen, der gewerksmäßigen Unzucht, ohne daß zur Zeit eine Handhabe gegeben wäre, sie dem unfruchtlichen Leben eher zu entziehen, als bis sie so weit gesunken sind, daß sie der vorrechtlichen Nachhaft überwiegen werden können.“

Diese Klagen sind zu erheblichen Teile Uebertreibungen sächsischer Reaktionsgenüter. Mit Zwangserziehungen und Korrekturensmitteln lassen sich aber überhaupt die Folgen der sozialen Mißstände nicht bessern. Das beste Mittel gegen Verrohung ist die soziale Sebung und die sozialdemokratische Aufklärung, welche allein fähig ist, das Interesse für große Fragen zu erweitern und den kampftrohen Idealismus für die heiligsten Güter der Menschheit zu befruchten.

Wie stellt sich aber die sächsische Regierung zu der entsetzlichen Verrohung der „gebildeten und besitzenden“ Jugend, wie sie in Studenten- und Harnlosen-Kreisen grassiert? Auch der Jüngling Falkenhagen, der den Landrat v. Bommigen ermordete, gehörte in diese Gattung. —

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie in Baden.

Ueber die politische Lage in Baden wird uns von dort geschrieben: Die neuen Regierungsmänner haben ihre programmatischen Erklärungen abgegeben und die verschiedenen Parteien haben in Parlament und Presse Stellung genommen. Bezüglich für die Lage ist, daß eigentlich nur die Kerikalen dem Ministerium in blanco das Vertrauen votiert haben, und daß ihr sonst so nüchtern urteilender und lähl abwägender Führer Bader sich mit einer Wärme für daselbe ausgesprochen hat, die im Karlsruhe'rondeau, der klassischen Stätte des Kulturkampfes, doppelt überraschend wirken mußte. Es ist deshalb nicht gerade zu verwundern, wenn die Vertreter des badischen Liberalismus der neuen Situation mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenübersehen. Das nationalliberale Hauptorgan, die Karlsruhe' Bad. Landesztg., vertritt einen gewissen Unmut über die dilatorische Behandlung, die das neue Ministerium besonders der wichtigen Frage der Wahlrechtsreform angehehen lasse. Etwas deutlicher wird der Karlsruhe' Korrespondent der „Münch. Neuesten Nachrichten“, der die Regierung tabelt, weil sie sich scheut, die Führung der liberalen Gegenbewegung gegen den Merkantilismus zu übernehmen, der in den Einzelanträgen jetzt mit Vorliebe kulturelle Fragen aufwölle, weil ihm bei der Sozialistenfurcht der Regierung der Stamm schwele.

Was die Stellung der Sozialdemokratie zur neuen Regierung betrifft, so hat unsere Partei keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Kampf gegen die neuen Männer an Entscheidung und Schärfe dem gegen das frühere Ministerium Kolke Eisenlohr geführten nichts nachgeben wird. Diese Stellung ist schon gegeben durch die Erklärung, in der der neue Minister des Innern, Herr Schenkel, dieser Tage seine Auffassung von den Aufgaben der Polizeigewalt gegenüber unsern Bestrebungen darlegte, indem er in der Kammer ausführte:

„So lange die Sozialdemokratie im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ihre Zwecke zu Gunsten der Arbeiter verfolgt, wird die Regierung sie behandeln wie andere Parteien. Sobald sie aber in ihren Versammlungen Propaganda macht für ihre letzten Ziele, das heißt für die Verstaatlichung des Eigentums oder auch nur der Produktionsmittel, sobald sie gegen die monarchische Staatsgestaltung und gegen die Religion öffentlich arbeitet, wird die Regierung unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel ihr Aufsichts- und Verbietungsrecht ausüben.“

Die badische Sozialdemokratie weiß also, woran sie ist, und ihr Sprecher in der gestrigen Finanzdebatte der Zweiten Kammer, unser Abgeordneter Eichhorn, hat ihr unzweideutig erklärt, daß sie bereit ist, den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. —

Wie Brotwucher-Petitionen zu stande kommen. In agrarischen Kreisen wird der Versuch unternommen, eine Gegenpetition gegen den großen sozialdemokratischen Protest zu stande zu bringen. Der Versuch ist bisher bemitleidenswert dürrig geblieben und wie man im Agrarierland Petitionsunterschriften erhält, das zeigt uns eine kleine Zuschrift aus Ostpreußen, in der es u. a. heißt: Solche Petitionen sind auch auf den Schulzenämtern ausgelegt. In einem Dorfe ließ der Gemeindevorsteher, wie ein Parteigenosse mitteilt, die Besizer durch einen Boten nach dem Schulzenamt laden, mit der Mitteilung, es sei ein Schreiben vom Amtsdorfsicher eingelaufen. Auf dem Amt wurde den Leuten dann die Petition zur Unterschrift vorgelegt. Daß Unterschriften, die auf solche Art zusammengebracht werden, von sehr geringer Bedeutung sind, ist selbstverständlich. —

Ausland.

Einfuener Streich der agrarischen Reaktion in der Schweiz.

Und der Schweiz wird uns geschrieben: Der Chauvinismus und Fremdenhass, von seinen Trägern mit bewußter Falschmünzerei als Patriotismus ausgegeben, beabsichtigt in der Schweiz eine große politische Aktion. Agrarier und Föderalisten, in der Regel identische Begriffe, sind am Werke, die ausländische Bevölkerung in der Schweiz sozusagen mit einem Federstreich auszutünnen, um ihre politische Nachstellung in der Eigenoffenheit zu stärken und diejenige der städtischen und industriellen Bevölkerung entsprechend zu schwächen. Der agrarisch-föderalistische Weinbauer und Weinbändler Bonjalla, Nationalrat in Epfess (Kanton Waadt), der ultramontane Bauer und Nationalrat Hochstracher in Sursee (Kanton Luzern) und der frühere Bauernrath und jetzige bauernbändlerische Redacteur Bopp in Vilach (Kanton Uri) haben nämlich folgendes Initiativbegehren betreffend die Aenderung der Bundesverfassung aufgestellt:

Art. 72 der Bundesverfassung ist aufgehoben und wird durch folgenden Artikel ersetzt:

Der Nationalrat wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20 000 Seelen der schweizer-bürgerlichen Bevölkerung wird ein Mitglied erwählt. Eine Wuchzahl über 10 000 Seelen wird für 20 000 Seelen berechnet. Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landesteile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.“

In der „Begründung“ dieser Initiative wird ausgedrückt, daß der Nationalrat aus Vertretern des Schweizervolkes zusammengekehrt sein solle, nicht aber aus „Abgeordneten oder Vertretern der in der Schweiz wohnenden Ausländer“. „Es giebt Städtekreise“, heißt es dann weiter in der Begründung, „in welchen schon heute die ausländische Bevölkerung der schweizerischen fast die Wage hält. Wohl wissen wir, daß auch in diesen Kreisen nur die Schweizerbürger wahlberechtigt sind. Das ändert aber nichts daran, daß ein großer Teil der Gewählten in That und Wahrheit nicht Abgeordnete und Vertreter des Schweizervolkes, sondern Abgeordnete und Vertreter von Ausländern sind, von Deutschen, Franzosen, Italienern usw. Das ist nicht am Plage, es entspricht dem Sinne und Geiste der Verfassung, dem Willen und Interesse des Schweizervolkes nicht und darum möchten wir es geändert wissen. Daber, wer te Mitbürger, empfehlen wir Euch eindringlich meinen Vorschlag. Wer will, daß der Nationalrat in That und Wahrheit und ganz nur eine Vertretung des Schweizervolkes sein soll, der unterschreibe die Vogen! Die Schweiz den Schweizern!“

Also für die Verrückung des Nationalrates soll nur noch die schweizerische Bevölkerung in Betracht kommen und die in Dezember 1900 gezählten 318 000 Ausländer sollen ausgeschaltet werden; sie sollen in Zukunft Luft sein, trotzdem sie alle Steuern ebenso wie die einheimische Bevölkerung tragen, die Feuerwehpflicht erfüllen müssen und trotzdem sie ebenfalls für dieselben Agrarier angebetelt werden, wenn Ueberschuldung, Frost oder Hagelschlag ihnen Schaden zugefügt haben. Der Haß gegen diese Ausländer verneigt sich mit dem Haße gegen die Städte und gegen die Sozialdemokratie, er ist ein sehr berechneter und zweckmäßiger Haß, der sich gerade jetzt zu einer hochpolitischen Aktion verdichtet, da die Vorbereitungen für die Neuwahlung der Nationalrats-Wahlkreise getroffen werden sollen und da für den Herbst die Neuwahl des Nationalrates in nicht ferne Aussicht steht. Die städtischen und industriellen Wahlkreise, aus deren Steuergebern Jahr für Jahr die Agrarier ihre enormen Millionen-Subventionen erhalten, die sie in raffinierter Weise unter allen möglichen Titeln und für jeden Schweinefall zu erlangen wissen, sollen um die ihnen gebührende stärkere Vertretung im Nationalrat betrogen werden, die Sozialdemokratie soll nach wie vor auf eine numerisch bedeutungslose Vertretung beschränkt bleiben. Die Kantone Zürich, Gené und Basel sollen für ihre blühende Entwicklung bestrift werden durch Schwächung ihres politischen Einflusses!

Diese bornierte, engherzige, bauernblinderische, handwerkliche Politik ist ein famoser Dumm an die bürgerlichen Parteien, die sich nicht genug thun konnten in der demagogischen Umschmeißelung unserer braven Bauern, die man mit Staatswohlthäten überhäufte, um sie desto wirksamer als Strohbock gegen die emporkommende socialdemokratische Arbeiterkraft auszuspielen zu können. Der „Dant“ ist ihnen zu gönnen — die Socialdemokraten werden trotz alledem vorwärts marschieren.

Zunächst müssen für das Initiativbegehren erst 50 000 Unterschriften gesammelt, es muß erst von den Bundesbehörden beraten werden, worauf es zur Volksabstimmung gelangt, wobei nicht bloß die Stimmeneinheit, sondern auch die Mehrheit der Kantone erforderlich ist. Die Agrarier haben die Frucht ihres unverkäuflichen Besitzes noch nicht gekostet und sie werden vornehmlich auch nicht hindern können, daß die Neueinteilung der Nationalrats-Wahlkreise unter Berücksichtigung der Ausländer erfolgt und ebenso im Herbst die Nationalratswahl.

Rußland.

Socialistenverfolgungen in Rußisch-Polen. Aus der geheimen Drucker der socialistischen Partei (Rußisch-) Polens ist dieser Tage die Nr. 43 des Vorzeigers „Robotnik“ („Der Arbeiter“) erschienen. Die Nummer bringt zahlreiche Artikel und Korrespondenzen aus dem Wirkungsfeld, nach denen wir einige Einzelheiten wiedergeben.

Wir berichteten zuletzt über die politischen Gefangenen der Warschauer Citadelle. Von diesen sind bis zum 22. Dezember 1901 folgende Gefangene entlassen worden: Zielinski, Nowaki, Wrogozowski, Jazdowicz, Wyczozebowski, Libuda, Wentowski, Lipinski. In die Citadelle wurden inzwischen eingeliefert: Maria Sabida, Leon Brodski, Mieczyslaw Frenkel, Witold Lewanda, Adolf Lewanda, Stanislaus Wiatkowski.

In dem Siedler Gefängnis sind jetzt folgende politische Gefangene eingeliefert: von der Jhrardower Angelegenheit verhaftet am 12. Dezember 1900 Heinrich Paniel, Heinrich Hoffmann, Andre Birger-Gerber; Celestin Dzienciodowski, Maschinist der Jhrardower Alt-Gef.; Stanislaus Bartoszewski, Arbeiter derselben; an demselben Tage in Warschau verhaftet der Gerber Edmund Schrader; im Mai 1901 verhaftet Franz Pogorzelski, Gerber.

In der Angelegenheit der geheimen Drucker des „Robotnik“ in Lodz, Alexander Malinowski, Ingenieur, verhaftet am 22. Februar 1900 am Bahnhof in Lodz, und Konstantin Rognowski, Naturforscher, verhaftet in Wilna am 20. Februar 1900.

Angellagt des Schlagens von Spiegeln und Transportierung der Genossen über die Grenze: Roman Sawicki, Tischler, verhaftet im November 1900.

Angellagt wegen Zugehörigkeit zur nationaldemokratischen Partei: Heinrich Duszate, Arzt, verhaftet im Januar 1901.

Angellagt wegen Zugehörigkeit zur polnisch-socialistischen Partei: Egidius Alpert, verhaftet am 5. April 1901 in Warschau; Szymon Krol, Schloffer, verhaftet am 9. April 1901 in Warschau; Salomon Chomentowski, verhaftet am 27. April 1901 in Lodz; Feliks Dzierzynski, verhaftet am 4. Februar 1900 bei einer Arbeiterversammlung, ist verurteilt zu 5 Jahren Verbannung nach dem östlichen Sibirien; Konrad Kure und Adalbert Potodowski, Tischler, verhaftet am 25. April 1900; sind verurteilt zu je 3 Jahren Verbannung; Marie Cotudza, verhaftet 14. April 1900; Malinowski Stanislaus, Tischler, verhaftet im Februar 1900, nach 11 Monaten herausgelassen, ist verurteilt zu sechs Monaten Gefängnis und 1 Jahr Polizei-Aussicht.

Sonden an der Versammlung am 3. August 1901 Verhafteten: Chaim Jalen, Hand Schuhmacher; Bernad; Zuchnaber; Berko Sapir, Rajmel Himmelfarb, Abraham Jaielait, Israel Rybler, Szymul Chur, Wolf Rajn, Szymon Wrajsman, Lejzer Goldstajn, Chaim Kenigsberg, Chaim Lewowicz, Wajal Melwenger, Moszel Fajersztajn, Szewach Goldstajn, Janiel Motermann, Simon Wulinski, Szymul, Schneider; Moszel Wrajsman, Schuhmacher; Ryszal Lustgarten, Janiel Kalensztajn, Tischler; Janiel Drewnial, Glasarbeiter; Ruchem Rajsojzen, Sphgenmacher; Szymul Kenigsberg, Schneider; Berel Wejrach, Gutmacher; Kofa Wlaczynska, Gude; Wulicz, Nebela Wryla und Chaja Wialotyda.

Ferner wird gemeldet, daß im lituanischen Städtchen Smorgon der Gouverneur von Wilna Wahl den streifenden Gerbern mit Prügelstrafe gedroht hat. Bei dem Streik, der durch die beispiellose Brutalität des Gouverneurs niedergeschlagen wurde, sind über hundert Arbeiter verhaftet worden; einige hat man sofort nach Sibirien geschickt. Jetzt sind die Arbeitsbedingungen noch schlimmer als vor dem Streik.

Asien.

Unruhen im Amurgebiet. Nach Londoner Meldungen aus Petersburg wurde über das Amurgebiet der Belagerungszustand verhängt.

Die Reorganisation der chinesischen Armee. Wie aus Peking gemeldet wird, wies der Hof zu Peking ein jährliches Kredit von 5 Millionen Taels zur Unterhaltung einer Armee von 100 000 Mann in Petchili an. Juanschi, welcher hauptsächlich die Kontrolle über die Armee und die Marine ausübt, beantragte, England um Instrukturen für die Marine und Japan um solche für das Heer zu ersuchen. 40 japanische Offiziere sind bereits in amtlichen Stellungen bei dem chinesischen Heere.

Die Behörden sandten den Schatz von mehr als 100 Millionen Taels in Gold und Silber, welchen man im Palais vor der Nacht verstreut hatte, umverkehrt wieder vor; es vergingen mehrere Tage, bis man ihn ausgegraben hatte.

Amerika.

Eine Niederlage der columbianischen Aufständischen. Einem Telegramm des „New York Herald“ aus Bogota zufolge hat vor einigen Tagen bei Facatativa, 20 Meilen von Bogota, ein ernstes Gefecht stattgefunden, in welchem die Aufständischen geschlagen wurden; sie hatten 300 Tote. Die Regierungstruppen verloren 90 Mann. Aus Antioquia und andern Departements werden Truppen abgeschickt. — Die Fremden, sagt das Blatt weiter, leben in voller Sicherheit, die Gefährte stoben jedoch.

Parlamentarisches.

Arbeitslosenversicherung. Nachstehende Resolution zur zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats haben die Abgeordneten Dr. Sachnide, Dr. Gige, Wassermaun und Köstler-Deffau im Reichstag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine aus Vertretern der verbündeten Regierungen, aus Mitgliedern des Reichstags und sonstigen auf diesem Gebiet erfahrenen Männern bestehende Kommission zu bilden, welche die Aufgabe hat, die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Bestimmungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen.“

Die Hants Finance im Herrenhaus. Herr Ernst von Mendelssohn-Warthe, Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn u. Co., ist in das Herrenhaus berufen worden.

Der Boeren-Krieg.

Erfolge der Boeren.

Die amtlichen Verlustlisten melden, daß in einem am 21. Januar bei Trensfontein stattgehabten Gefecht sieben Mann gefallen und 25 Mann verwundet worden seien. Die Verluste betreffen zumest die Yeomanry. Von diesem Gefechte liegt weiter keine Meldung vor.

Der Boerenkommandant Beyers, welcher sich seit einiger Zeit in der Nähe von Pietersburg befand, drang am 22. d. Mts. in ein Konzentrationslager ein und nahm eine große Anzahl von dort untergebrachten Burghern mit sich. Am Freitag früh griff derselbe Pietersburg an, offenbar in der Absicht, für seine neu gewonnenen Mannschaften Gewehre und Pferde zu beschaffen. Er wurde jedoch mit einem Verlust von 3 Toten und 3 Verwundeten zurückgeschlagen. Am Donnerstag versuchten die Boeren einen Eisenbahnzug bei Pietersburg in die Luft zu sprengen, das Sprenggeschloß richtete jedoch keinen Schaden an.

Wijoen gefangen genommen.

In der vergangenen Nacht begaben sich mehrere Agenten des Nachrichtenbureaus in eine bei Lydenburg belegene Farm, in der Hoffnung, dort den als Zeisler von Eisenbahnzügen bekannten Hindon zu fangen. Hindon war jedoch abwesend, es wurden aber vier Wijoen und zwei seiner Adjutanten gefangen genommen. — In derselben Nacht machte Oberst Wilson bei Strydom 20 Gefangene, welche jedoch am folgenden Morgen, als Wilson von einer starken Boerenmacht unter Alberts und Hof angegriffen wurde, während des Kampfes, mit Ausnahme von dreien wieder entkommen oder erschossen wurden. Die Boeren wurden zurückgeschlagen und verloren 10 Tote und erlitten nachher ärztliche Hilfe. Die Verluste der Engländer betragen 3 Tote und 5 Verwundete. — Bruce Hamilton machte am 24. d. M. bei Voschmansfontein 12 Gefangene, 12 bewaffnete Boeren ergaben sich an demselben Tage bei Irene.

Wie aus Middeburg gemeldet wird, überschrift eine Abteilung Boeren die Eisenbahn bei Graafreinet und beschädigte die Eisenbahnstation Bethelroad. — Von Bombay sind zwei Bataillone indischer Truppen nach Südafrika in See gegangen.

Boerenreuegaten.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Von dem Wunsch geleitet, den Krieg bald beendigt zu sehen, hat General Wilson, welcher die Erlebnisse erbeten, ein Corps von 1500 Burghern für England anwerben zu dürfen. Kitchener gab seine Genehmigung und Wilson schrieb darauf an Steyn, da letzterer hartnäckig darauf bestünde, den Zweifelskauf fortzusetzen, werde jetzt der Bürgerkrieg im Orange-Freistaat beginnen. Wilson ist gegenwärtig mit der Anwerbung von Burghern beschäftigt; es scheint, daß er die erforderlichen Mannschaften zusammenbringen wird.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für den Niederrhein fand am Sonntag in Gersheim statt. Anwesend waren 80 Delegierte aus 48 Orten, 5 Vertreter der niederdeutschen Parteipresse sowie 2 Reichstagskandidaten und das Agitationskomitee; der Parteivorstand war durch Genossen Gerich vertreten.

Der Geschäftsbericht, aus dem wir das Wesentlichste schon mitgeteilt haben, veranlaßte eine ziemlich lebhafte Debatte, die mit der Annahme mehrerer Anträge in Beziehung auf die Tätigkeit der Agitationskommission endete.

Nach einem Referat des Genossen Haberland-Barman über den Postwucher wurde eine Protestresolution angenommen, durch die zugleich die Agitationskommission aufgefordert wird, seiner Zeit ein auffällendes Plingblatt über die vom Reichs-Schatzsekretär angeordneten Bier- und Tabaksteuern herauszugeben.

Es wurde sodann in die Diskussion über den Punkt „Presse“ eingetreten. Lang und breit gestaltete sich dieselbe in erster Linie mit Bezug auf die Gründung der „Düsseldorfer Volkszeitung“. Man warf den Düsseldorfer Genossen Disciplinbruch gegenüber dem Parteivorstand und dem Agitationskomitee vor, was die Düsseldorfer damit beantworteten, daß sie das Blatt hätten gründen müssen, weil die Elberfelder „Freie Presse“, welche die Düsseldorfer bis zum 1. April 1901 als Stoppblatt bezogen, den Düsseldorfern gewissermaßen die Pistole auf die Brust gesetzt hätte: Ihr müßt jetzt mehr zahlen, denn wir ersuchen jetzt sechsseitig. Anerkannt wurde, daß die „Düsseldorfer Volkszeitung“ seit 1/4 Jahr über 2000 Abonnenten mehr bekommen hat, als sie unter dem Stoppblatt-System hatte. Es wird schließlich folgender Antrag mit großer Majorität angenommen:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Entwicklung der Partei in den industriell hochentwickelten Niederrhein-Arteien Düsseldorf, Aachen, Mülheim-Duisburg, Essen in äusserst regem Gange zu liegen steht, empfiehlt der Parteitag der Parteileitung, den Propagandaausschuss der Partei im dortigen Bezirk größere Aufmerksamkeit eventuell Unterstützung angedeihen zu lassen.“

Der Sitz des Agitationskomitees wird wieder nach Elberfeld verlegt. Der kommende Parteitag findet in München-Grabbach statt.

Aus den Organisationen. Der socialdemokratische Verein in Dresden hat in den letzten drei Jahren eine erhebliche Verstärkung erfahren. Die Mitgliederzahl stieg von 379 im Jahre 1899 auf 1310 im Jahre 1901. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1901 auf 4875 M. Davon wurden 650 M. dem Parteivorstand überwiesen. Außer 18 öffentlichen Versammlungen fanden 33 Vereinsversammlungen statt. Es wurde 1 Flugblatt in der Stadt und 1 im Landbezirk verteilt. Die Bildungsbestrebungen der Mitglieder finden gute Pflege durch die reichhaltige Bibliothek, die 1449 Anleihenungen zu verzeichnen hatten. Ueberdies veranstaltete der Verein für seine Mitglieder 14 billige Vorstellungen in einem dortigen Theater, in denen meist gute Stücke aufgeführt wurden.

Der socialdemokratische Verein in Barman hatte im verflochtenen Jahre eine Einnahme von 3971 M. Er veranstaltete 9 öffentliche und 22 Mitgliederversammlungen und verbreitete 4 Flugblätter. Die Haupttätigkeit des Vereins bezog sich auf die Stadtratswahl und der Eifer der Parteigenossen wurde durch einen erheblichen Stimmengewinn sowie die Wahl eines Parteigenossen in den Stadtrat belohnt.

Der dresdener socialdemokratische Verein hielt am Freitag seine Generalversammlung ab. Aus der Jahresübersicht geht hervor, daß die Einnahmen des Vereins gegen das Vorjahr gestiegen sind, trotzdem die Krise Dresden besonders arg heimgesucht hat. Die Mitgliederzahl beträgt fast 1200. Es wurden 26 Volksversammlungen gegen den Brotwucher, 6 Partei- und 2 Vereinsversammlungen abgehalten. Zur Aufklärung über Brotwucher, Landtags- und Stadtparlamentwahlen sowie zur Erwerbung neuer Mitglieder sind 187 000 Flugblätter verbreitet worden. Die Parteiführer verließen sich auf die Dresdener Arbeiter verhängten über missetzende Arbeiter hohe Geldstrafen und Gefängnis. Einschließlich der Gerichtskosten werden die Arbeiter 2000 M. bezahlt haben. Zum ersten Male wurden 3000 M. zur Landtagitation ausgegeben. Die Generalversammlung beschloß auch, um die Empörung über das Landtagwahlrecht rege zu halten, jedem Landtage eine Wahlreform-Petition zu übersenden.

Der socialdemokratische Verein in München hatte im Jahre 1901 eine Einnahme von 17 782 M., allerdings einschließlich der Einnahmen aus Festlichkeiten, die auch Unkosten verursachten. An Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern gingen 5336 M. ein. Die Tätigkeit des Vereins war sehr lebhaft. Nicht weniger wie 32 öffentliche und 164 größere Bezirksversammlungen wurden neben 3 Generalversammlungen abgehalten. Außerdem wurden 5 Flugblätter in großer Auflage verbreitet und noch eine besondere Agitation zur Gewinnung von Abkommen auf die „Münchener Post“ betrieben.

Der badische Parteitag ist verschoben worden; er findet nun erst am 1. und 2. März statt.

Ein Denkmal wollen die belgischen Genossen dem jüngst verstorbenen Alfred Defuisseaux setzen. Dasselbe soll auf dem Stadtplatz von Brannerie errichtet werden. Die Statue, angefertigt vom Bildhauer Cabaret, ist bereits fertiggestellt; sie stellt den Volkstribun aufrecht stehend dar, eine Ansprache haltend und mit der linken Hand sein Werk „Volkstatismus“ umfassend.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Verleumdung des Stadtrats in Nabeberg** wurde der Redacteur des sächsischen „Volkstribun“, Genosse Fleißner in Dresden, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte auf Grund einer Zuschrift des Krankenhauswalters in Nabeberg an den dortigen Stadtrat das System der Bezahlung dieses Beamten kritisch behandelt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß dieses Schreiben zwar die von Fleißner geäußerte Kritik zulasse, daß aber in Wirklichkeit andere Verhältnisse beständen. In dem Urteil heißt es, daß Fleißner zwar den wirklichen Sachverhalt nicht gerade wissen mußte, aber er habe ihn sicher gekannt.

Aus Industrie und Handel.

Die Bagdadbahn.

Das große Bahnprojekt in Kleinasien, für das deutsche Finanziers von der türkischen Regierung die Konzession erworben haben, ist nunmehr in einzelnen fest vereinbart. Die Bahn soll die Fortsetzung der anatolischen Bahn bilden, die bisher von der Ägäis Kleinasien, dem Hafen von Smyrna, bis Konia gebaut und in Betrieb war. Von hier soll nun die Bahn in einem Bogen abwärts bis unmittelbar an das Mitteländische Meer geleitet werden; sie erstreckt sich in Adana den der Insel Cypern gegenüberliegenden Küstenstrich und wendet sich dann weiter nach Osten, die fruchtbarsten Gebiete Mesopotamiens durchschneidend, um dann, in das ehemalige babylonische Reich eindringend, über Bagdad durch die ertragreiche Tiefebene des Euphrat und Tigris den persischen Meerbusen zu gewinnen. Für den Bau der Bahn sind acht Jahre vorgegeben, und ist die Konzession von der türkischen Regierung auf 90 Jahre erteilt. Die türkische Regierung garantiert den Konzessionären jährlich 12 000 Fr. per Kilometer zur Verzinsung und Amortisation des Baukapitals, ferner eine Summe von 45000 Frank pro Kilometer und Jahr à fonds perdu zu den Betriebskosten. Die Kilometer-Einnahmen fallen bis zur Höhe von 10 000 Frank der türkischen Regierung zu; der etwa über diese Summe erzielte Ueberschuß geht zu 60 Proz. an die türkische Regierung und zu 40 Proz. an die Konzessionäre.

Die gesamte Bahnlinie einschließlich der Zweiglinien ist in Sektionen von je 200 Kilometer geteilt. 18 Monate nach Festlegung der obigen Bestimmungen und Bestätigung der Zahlungsgarantien sind die endgültigen Pläne der ersten Sektion der Regierung zu unterbreiten. Die Arbeiten haben 3 Monate nach Unterbreitung der Pläne und Entwürfe der 1. Sektion zu beginnen und sind in ihrer Gesamtheit innerhalb 8 Jahren zu beenden, unbeschadet und ausgenommen gewaltsamer Behinderungen (force majeure). Sollten die Konzessionäre ihren Verpflichtungen nicht prompt nachkommen, so wird sie die türkische Regierung ein erstes Mal auffordern. Kommen sie dieser Aufforderung innerhalb 18 Monaten nicht nach, so verfallen alle ihre Rechte für diejenige Sektion der Gesamtlinie, für deren Bau sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Inwiefern soll der Verlust dieser Rechte auf eine Sektion der Bahnlinie die übrigen Rechte der Konzessionäre auf die weiteren Sektionen der Gesamtbahn nicht tangieren.

Die Linie Konia-Bagdad muß so gebaut werden, daß sie das Laufen von Epprehzügen gestattet, und die Konzessionäre verpflichten sich deshalb gegen eine genügende Entschädigung, welche ihnen die kaiserliche Regierung dafür garantiert, auch die Bahnlinie Haider Pascha-Gölkiesch-Konia derart zu verstärken, daß Epprehzüge auf der ganzen Linie von Haider Pascha bis Bagdad ohne jede Gefahr laufen können und deren regelmäßiger Verkehr garantiert ist.

Die Gesamtbahn wird normalspurig gebaut werden und zwar ist der Bau vorläufig nur eingleisig vorgegeben. Dagegen werden die Epprehzungen derart vorgenommen werden, daß von vornherein Raum für ein zweites Geleise gegeben ist. Die Konzessionäre haben das Recht, selbst oder durch ihre Bevollmächtigten bis zu einer Entfernung von 20 Kilometer zu beiden Seiten des Bahngeländes entdeckte Kohlen- und Minerallager jeder Art anzudeuten, wie der Bahngesellschaft gleichzeitige das Recht zusteht, in gleicher Entfernung und zu beiden Seiten der Gesamtlinie Ziegeleien und Zementfabriken zu errichten.

Die Erwerbung der Bahnkonzession war die letzte größere Finanzleistung des verstorbenen Dr. Siemens, der als ehemaliger Direktor der Deutschen Bank dem Unternehmen reges Interesse entgegengebracht und ihre Bedeutung auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft hoch einschätzte.

In der That werden wir der Bahn nach der Richtung eine Bedeutung nicht absprechen können, wie ja überhaupt nur von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet das Interesse deutschen Kapitals wachgerufen werden konnte. Da nun auch die Finanzgarantien bis zu einer gewissen Höhe von der türkischen Regierung geleistet werden, bestände auch für die Kapitalanlage kein Risiko, wenn nicht die türkische Regierung ein sehr unsicherer Gläubiger wäre. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Bahn ist vor allem auch von geordneten, ruhigen politischen Verhältnissen abhängig, die jetzt nicht vorhanden sind und für deren Herbeiführung die Türkei nur schlechte Garantien bietet. Unstreitig werden hier große fruchtbar Gebiete dem modernen Verkehr erschlossen. Wir werden ein neues ertragreiches Land für Weizenzufuhr dem europäischen Bedarf näher rücken und Indien mit seinem Weizenimport zurückdrängen. Es läßt sich auch annehmen, daß im Taurus, dem Gebirge, welches die Bahn durchschneidet, Schätze an Kohlen und Mineralien vorhanden sind, die erst durch die Bahn gehoben werden. Für die erste Zeit sind solche Unternehmen immer auf spekulativer Grundlage gebaut, sicheres Prosperieren kann nie vorausgesetzt werden. Aber ein verdienstvolles Werk bleibt der Bau der Bahn schon insofern, als er uns die Städte einer alten untergegangenen Kultur erschließt und näher bringt.

Die Marktlage im Kohlenbergbau gestaltet sich fortgesetzt ungünstig. Wie aus Dresden berichtet wird, haben am Sonntag auch die Audaer Gruben zum erstenmal völlig gekeert. Nunmehr sind auf allen ober-schlesischen Gruben Feuerschichten eingelegt, die sich zum Teil auf ein, zwei und drei Tage wöchentlich ausdehnen. Die gegenwärtige Verminderung der Förderung im ober-schlesischen Kohlenrevier wird in beteiligten Kreisen auf etwa 25 bis 30 Proz. eingeschätzt.

Aus dem Ruhrgebiet wird der „Kölnischen Volkszeitung“ gemeldet:

Die Feuerschichten, welche von den Zechen behufs Einschränkung der Förderung allwöchentlich eingelegt werden, reichen zu diesem Zwecke nicht mehr aus, so daß einzelne Zechen bereits dazu übergegangen sind, die Zahl ihrer Arbeiter zu verringern. So wurde am 15. d. M. auf mehreren Zechen bei Essen, Bochum und Dortmund zahlreichen Arbeitern zu Ende Januar gekündigt. Wenn man bedenkt, wie schwer die Zechenverwaltungen im allgemeinen zu Arbeiterentlassungen sich zu entschließen pflegen, so darf diese Maßnahme wohl als ein sicheres Zeichen dafür angesehen werden, daß die nächsten Ausflüchte auf eine Belebung des Kohlenmarktes gegenwärtig äusserst gering sind. Auf vielen Zechen standen in der letzten Zeit die Ladegleise voll beladener Kohlewagen, die wegen Mangels an Abnehmern nicht abgeholt werden konnten. Die Eisenbahnstationen verzweigten sich unter diesen Verhältnissen, vor Abendung der beladenen noch weitere leere Wagen den Zechen zuzufahren. In vielen Fällen würde dies auch zwecklos sein, da es in den Zechenbahnhöfen an dem nötigen Raum zur Aufstellung der Wagen fehlt. Obwohl die Eisenbahnverwaltung in Bezug auf die rechtzeitige Beladung der Wagen seitens der Zechen große Rücksicht übt, erwachsen den letzteren dennoch vielfach bedeutende Unkosten durch die zu zahlenden Wagenmieten. Aus Vorstehendem erhellt wohl zur Genüge die missliche Lage, in welcher die Ruhrkohlenzechen zur Zeit sich befinden; daher ist es sehr begründet, daß die Stimmung in den Kreisen der Kohlenbergbau-treibenden augenblicklich ziemlich gedrückt ist, zumal da der Ausblick in die nächste Zukunft gleichfalls nicht erhellend ist. Noch viel trüber ist selbstverständlich die Stimmung unter den Bergarbeitern, da dieselben nicht nur mit verminderter Arbeitsgelegenheit, sondern auch mit sinkenden Löhnen stark zu rechnen haben. Nichts desto-

weniger ist von größerer Unzufriedenheit unter ihnen bis jetzt nichts zu verspüren."

Die größere Unzufriedenheit ist unter den Bergarbeitern wohl vorhanden, nur dringt sie nicht an die Öffentlichkeit, weil sich die Arbeiter sagen, daß bei der Geschäftslage ein erfolgreicher Widerstand gegen die Lohnrückzahlung nicht zu leisten ist.

Im Gegensatz zu diesen trüben Berichten teilt die Rheinisch-Westf. Ztg. mit, daß das Coalsyndikat seine Einschränkung der Produktion von 48 auf 33 Prozent herabsetzen will. Ein schwacher Trost!

Eine Ausdehnung des amerikanischen Stahlstrahls. Die "Chicago Tribune" meldet: Gary, der Vorstand des Directoriums der United States Steel Corporation, ist zum Vorstand des Directoriums der Allegheny-Company, der größten Maschinenfabrik der Welt mit einem Kapital von 25 Millionen, gewählt worden. Die Nachricht hat in Handels- und Finanzkreisen Aufsehen erregt, da man daraus schließt, daß die Stahlgesellschaft beabsichtigt, einen weiteren Geschäftszweig in ihren Betrieb aufzunehmen. Die Wahl Garys bedeutet thätlich das Aufgehen der Allegheny-Company in die Stahlgesellschaft.

Ein Ehrengleichverdienst-Verfahren ist vom Vorstand der Berliner Börse gegen Georg Bernbard, den Handelsredacteur der "Berliner Morgenpost" eingeleitet. Das Vergehen soll durch eine Mitteilung über die Finanzlage der Dresdener Bank begangen sein. Bernbard kann sich auf eine sehr umfangreiche Information berufen, so daß selbst, wenn die Notiz unrichtig sein sollte, unmöglich ihm eine ehrenrührige Handlung nachgesagt werden kann. Weiterhin wäre es eine viel verdienstvollere Aufgabe des Vorkenntnisses, wenn er den falschen Gerüchten über die Verschuldung der Eisenbahnen Vergewerke nachspüren würde, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Eine neue Schiffahrtsgründung wird aus Italien gemeldet. Danach soll die Gründung einer großen italienischen Schiffahrtsgesellschaft, welche den Handel zwischen Italien und dem äußersten Osten vermitteln will, unmittelbar bevorstehen. Die Regierung hat bereits jede Förderung des Unternehmens zugesagt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die ausgesperrten Mühlener Töpfer führen mit wahrem Heldenmut den Kampf weiter. Noch nicht ein einziger ist während der langen Zeit der Aussperrung zum Verräter an der Sache geworden und so lange der Kampf auch noch dauern wird, von den Aussperrten verläßt keiner die Fahne. 43 Töpfer sind in den Kampf eingetreten, von diesen sind bereits 24 — auch ein Teil Verbeirater — abgereist. Von den Aussperrten war den Fabrikanten die Mitteilung gemacht worden, daß noch eine Anzahl Töpfer abreisen wollte. Vor der Abreise jedoch wollten sie nochmals die Hand zum Frieden bieten, da es doch den Fabrikanten unmöglich gleichgültig sein kann, wenn ihre langjährigen eingetragenen Leute einer nach dem anderen mit ihren Familien den Ort verlassen. Die Antwort der Fabrikanten aber war: Es bleibt beim Alten! Für die Arbeiter wird es auch beim Alten bleiben, sie kämpfen unentwegt weiter. Die wenigen Streikbrecher, die sich die Fabrikanten von außerhalb geholt haben, sind nicht im Stande, an der Situation das Geringste zu ändern. Der Kampf wird nur dann enden, wenn die Fabrikanten das Unhaltbare ihrer Starrköpfigkeit einsehen.

Der Streik auf dem Emailwerk Robert Jansen in München-Gladbach, welcher schon zehn Wochen währt, steht noch auf dem alten Fied. Alle Versuche der Firma, Streikbrecher heranzuziehen, sind gescheitert. Selang es hin und wieder der Firma, Metallarbeiter unter Vorpiegelung falscher Tatsachen bis nach M-Gladbach zu lassen, so verließen dieselben die Stadt sofort wieder, wenn sie den wahren Sachverhalt erfuhr. Die Beförderung dieser Arbeiter geschah auf Kosten der Firma und zwar führen sie zweiter Klasse, in Gladbach angekommen wurden, sie sofort per Drohkelle unter Begleitung von Kriminalbeamten zur Fabrik geschafft. Doch war, wie bemerkt, alle Liebesmüh vergebens. Die Polizei, welche sehr schnell vorgeht und die Streikenden von der Straße fort verhaftete, erhielt dieser Tage vom Saßfengericht einen Rollenführer. Das Gericht sprach nämlich die Angeklagten frei, weil Streikposten stehen nicht verboten werden dürfe. Einige der Streikenden, welche ohne Grund verhaftet und mehrere Stunden inhaftiert blieben, haben Anzeige gegen die betreffenden Beamten wegen Mißbrauch der Amtsgewalt erstattet.

Im Vorstand des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes tritt demnächst eine Veränderung ein. Der Vorsitzende H. Müller hat wegen schwerer Erkrankung sein Amt niedergelegt und gedenkt in den nächsten Tagen sich von Vohum wegzunehmen. Sein Posten wird jedenfalls erst definitiv von der diesjährigen Generalversammlung, welche im Ruhrrevier abgehalten wird, neu besetzt. Gegenwärtig leitet sein Stellvertreter L. Schröder die Verbandsgeschäfte.

Ausland.

Der Streik der dänischen Dampfschiffbeizer. Die sechs verhafteten englischen Heizer sind am Sonnabend, nachdem der "Dänische Dampfschiffbeizer-Verband" die fristigen 120 Kronen für sie bezahlt hatte, aus der Haft entlassen worden. Conley und seine Kameraden wollen gegen "Det forenede Dampfschiffbeizer" Anlage erheben. Conley besagte sich bitter über das Verhalten des englischen Konsuls in Kopenhagen, der am vorigen Montag ausdrücklich das Versprechen gab, für die englischen Heizer nach besten Kräften einzutreten, dann aber nicht das geringste, selbst nicht nach der Verhaftung, zu Gunsten seiner Landsleute gethan hat. Conley will es in England scharf hervorheben, daß nicht der englische Konsul, sondern die dänischen streikenden Heizer es waren, die ihn und seine Kameraden aus dem Gefängnis herausholten. — Nachdem der Gesamtverband der Gewerkschaften am 21. Januar der dänischen Arbeitgeber-Vereinigung eine gemeinsame Besprechung zwecks Beilegung des Streiks vorgeschlagen hat, wird vorläufig von einer Ausdehnung des Heizerstreiks auf die Seeleute und Hafenarbeiter Abstand genommen.

Sociales.

Die 16stündige Normal-Arbeitszeit für Gastwirtsgehilfen. Der "Reichs-Anzeiger" veröffentlicht eine auf den § 120a Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung gestützte Verordnung des Bundesrats über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften. Darin wird bestimmt:

Für Gehilfen und Lehrlinge eine ununterbrochene Ruhezeit von acht Stunden siebenmal in der Woche. Für Personen unter 16 Jahren neun Stunden. Die Polizeibehörden können diese neunstündige Ruhezeit auch für die erwachsenen Personen vorschreiben. In Wadorten kann für die über 16 Jahre alten Personen die Ruhezeit für die Dauer von 3 Monaten auf 7 Stunden herabgesetzt werden. Daneben müssen täglich, abgesehen von den Ruhezeiten, noch Ruhepausen in der Gesamtdauer von 2 Stunden gewährt werden. Zwischen zwei Ruhezeiten (7, 8, 9 Stunden) darf die zusammenhängende Arbeitszeit, einschließlich der Arbeitsbereitschaft und der kurzen Ruhepausen 17 bezw. 16 bezw. 15 Stunden nicht überschreiten.

Zu welcher Tageszeit die Ruhezeiten zu gewähren sind, darüber ist nichts vorgeschrieben. Nur für Personen unter 16 Jahren ist vorgeschrieben, daß sie zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen. Außerdem dürfen Kellnerinnen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie des Wirtes gehören, in dieser Zeit nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Doch sind davon diejenigen ausgenommen, die bis heute schon Kellnerinnen sind.

Die zusammenhängende Arbeitszeit (15, 16, 17 Stunden) darf sechsmal im Jahre länger sein ohne jede Begrenzung. Doch müssen auch dabei die 7 Ruhezeiten in der Woche in der vorgeschriebenen Dauer gewährt werden.

Aber damit ist die Fürsorge für die armen Elaven des Gastwirtsgewerbes noch nicht erschöpft. Es wird sogar ein ganzer Ruhetag von 24 Stunden in jeder zweiten Woche, für Orte mit nicht mehr wie 20 000 Einwohnern in jeder dritten Woche vorgeschrieben. In dieser Woche fallen aber die 7 Ruhezeiten hinweg, hingegen ist in den Zwischenzeiten noch eine Extra-Ruhezeit von 6 Stunden in der Nacht — jede Woche einmal — zu gewähren.

Also jede zweite Woche 144 Arbeitsstunden und die andre Woche 102 Arbeitsstunden!

Und das nennt sich Socialreform, das nennt sich Arbeiterschutz, so etwas wagt man noch zu verordnen! Welcher Mensch ist denn überhaupt im Stande, ärgere Plakerei als wie sie hier unter dem Namen Arbeiterschutz zugelassen wird, auszuhalten!

Dabei gilt das nur für Oberkellner, Kellner, Köche, für Leute am Büfett oder bei der Herrichtung kalter Speisen. Das ganze übrige Personal, wie Köchen-, Herd- und Hausmädchen, Hausdiener, Kutscher, Zimmermädchen und alles sonstige Wirtschaftspersonal ist davon ausgenommen.

Die Wünsche der Angestellten sind also nicht im geringsten berücksichtigt worden. Nicht einmal das lächerliche und doch so gesundheitsgefährliche Sigverbot, das in sehr vielen Wirtschaften besteht, wird aufgehoben.

Diese Verordnung ist die lächerlichste Mißgeburt einer Socialreform, die man nur erksinnen kann.

Als Zeitpunkt des Inkrafttretens ist der 1. April dieses Jahres bestimmt.

Aus der Frauenbewegung.

Achtung! Das Stiftungsfest des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, bei welchem August Bebel die Festrede hält, findet am Sonntag, den 9. Februar, statt und nicht am 9. März, wie irrthümlich in der Sonntagnummer stand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die am Mittwoch, den 29. d. M., abends 8 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57, stattfindende öffentliche Parteiversammlung aufmerksam gemacht. Reichstags-Abgeordneter Dreesbach-Mannheim hat das Referat übernommen. Alles Nähere am Dienstag in der Annonce und an den Anschlagtafeln. Um recht zahlreiches Besuch ersuchen Die Vertrauensleute.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hält am Dienstagabend 1/9 Uhr im Prater, Kastanien-Allee Nr. 7/8 eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Jubel: Welche Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der Landtagswahl? 2. Diskussion. 3. Besamutgabe des Schiedspruchs der Kontrollkommission. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Socialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser-Allee 148. Tagesordnung: 1. Das neue Ortsstatut der Stadt Berlin behufs Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Referent: Stadtverordneter Vorkmann. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Schiedspruch der Partei-Kontrollcomite. 4. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Treptow-Vaunstratenweg. Die Gemeinde-Wählerliste liegt jetzt auch beim Vorsteheramt Karow, Ecke der Kieholz- und Vaunstratenstraße, zur Einsicht aus.

Gewerkschaftliches.

Eine höchst bedenkliche Geschäftsführung sowie eine Reihe damit verbundener Straftaten führten am Sonnabend die Witwe Luise W. l. f. sowie ihren Compagnon, den Kaufmann Karl Pohl vor die erste Strafkammer des Landgerichts I. Pohl betrieb bis zum Jahre 1885 in der Kommandantenstraße eines der größten Pianoforte-Magazine Deutschlands, er soll damals jährlich über 1000 Instrumente umgeleitet haben. Dann geriet er in Vermögensverfall und wurde wegen Konkursvergehens und Betrugs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1897 trat er als Geschäftsführer in das Pianoforte-Magazin der Witwe W. l. f. ein, thätlich war er aber Teilhaber und schaltete als sei er alleiniger Inhaber des Geschäfts. Dasselbe ging recht flott. Im Jahre 1899 wurde ein Umsatz von über 100 000 M. erzielt. Trotzdem erfolgte im März v. J. die Zahlungseinstellung. Die beiden Angeklagten hielten sich längere Zeit verborgen. Dem Wählerrevisor Böck lag eine böse Arbeit ob. Da weder Bilanzen noch ordnungsmäßig geführte Bücher vorhanden waren, so war es nicht möglich, eine Uebersicht über den Vermögensstand der Schuldner zu gewinnen. Es stellte sich im Laufe des Konkursverfahrens heraus, daß Pohl sowohl mit gefälschten wie mit "Kellerweibern" operiert habe. Die ersten hatte keine schwachsinrige Tochter mit dem fremden Namen unterzeichnen müssen; in einigen Fällen soll auch die Angeklagte W. l. f. dabei zugegen gewesen sein, so daß angenommen wird, sie habe von den Fälschungen gewußt. Eine Anzahl anderer Wechsel trugen den Annahmevermerk eines gewissen Lein, der nach Angabe des Angeklagten Pohl ein sehr tüchtiger und wohlhabender Kaufmann sein sollte. Später stellte sich heraus, daß die Wechsel wertlos waren, Acceptorin war die inzwischen verstorbene Almosenempfängerin Frau Lein. — Im Januar vorigen Jahres suchte die Angeklagte Frau W. l. f. durch die Zeitungen einen stillen Gesellschafter. Es meldete sich der Kaufmann Welter, dem die Angeklagte versicherte, daß sie gegen 16 000 M. im Geschäft fieden und keine Schulden habe. Welter ließ sich daraufhin herbei, erst 1000 und später noch einmal 2000 M. zu opfern. Er hat seine ganze Einlage verloren. Die Angeklagte W. l. f. versicherte, daß sie mit den Wechseln nicht das geringste zu thun gehabt und der von ihrem Verteiliger, Rechtsanwalt Davidsohn, angetretene Entlastungsbeweis hatte nach dieser Richtung hin auch Erfolg. Der Gerichtshof verurteilte sie nur zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbißt erachtet wurde. Dagegen wurde angenommen, daß der Angeklagte Pohl die treibende Kraft des ganzen schwindelhaften Treibens gewesen sei, und er deshalb zu anderthalb Jahren Gefängnis und bürgerlichen Ehrenverlust verurteilt. Auch ihm wurden 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbißt abgerechnet.

Veranstaltungen.

Die Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands

trat am Sonntag im "Goldsteinischen Hause" zu Hamburg zusammen. Außer den Mitgliedern des Centralvorstandes und je einem Mitglied des Ausschusses und der Revisionskommission sind 28 Delegierte anwesend. Zehn Delegierte kommen aus die Hamburger Mitgliedschaften, drei aus die Altonaer, je zwei aus die Stettiner und Lübecker, die übrigen Delegierten vertreten sich aus die Hafenorte Bremen, Bremerhaven, Danzig, Memel, Rostock, Lübeck, Wismar, Weeslau und Jantoch. Eine Anzahl Delegierte haben jedoch eine Reihe weiterer Hafenorte zu vertreten, da stets eine Reihe kleinerer Orte zu einer Wahlabteilung vereinigt sind.

Der vom Centralvorstand des D. T. V. - Hamburg erstattete Jahresbericht umfaßt 1 1/2 Jahre. Zu Beginn dieser Periode war die allgemeine Arbeitslage eine sehr gute. Die Schiffahrt bewegte sich in aufsteigender Richtung, so daß die Arbeitsgelegenheit für alte Casuarbeiter eine gute war. Über bereits im Winter 1900/01 wurde die Arbeitsgelegenheit erheblich herabgemindert. Das Frühjahr brachte noch einen kurzen Aufschwung, aber bald folgte eine allgemeine Depression, die in allen Hafenstädten große Arbeitslosigkeit zeitigte, ganz besonders in den Häfen der Ostsee. Zur Zeit macht sich jedoch wieder ein, freilich geringfügiger, Aufschwung in der Schiffahrt bemerkbar. Trotz solcher im ganzen nicht gerade guter Arbeitsverhältnisse hat der Verband Fortschritte gemacht, äußerlich und innerlich. Nicht nur ist die Pluralisation unter den Mitgliedern eine geringere gewesen und Abwanderungen sind nicht zu verzeichnen, sondern eine große Anzahl neuer Mitgliedschaften sind gegründet und die alten haben an Mitgliedszahl zugenommen. Es sind neue Mitgliedschaften gegründet in: Memel, Stralsburg i. E., Stralsund, Pommern, Ostpreußen, Posen, Dessau, Emden, Vlotho, Ederstraße. Weiter sind die Wismarscheider der Weser und die früher der Rostockersee gewonnen. Zahlreichen der letzteren befinden sich in Danzig und Bremen, der letzteren in Jantoch a. W., Rastel a. W., Wollgaden und Bergolomien. Schließlich sind die Lokalvereine in Danzig und Stettin in den Verband übergetreten. Damit sind die letzten Lokalorganisationen im Hafenarbeiter-Gewerbe gesamt und n. Aufgelöst haben sich die bisherigen Mitgliedschaften in Warnemünde, Swinemünde, Wittenberge und Rauh a. M. Die Gesamtmitgliedszahl betrug am Schlusse des Jahres 1901 17 472. Im Vorjahre waren es 14 186 und 1899 10 098.

Analog diesem Anwachsen der Mitgliederzahl sind auch die Kassenverhältnisse stetig günstiger geworden. Im Jahre 1901 hatte die Centralkasse eine Einnahme von 117 405 M., der eine Ausgabe von 88 116 M. gegenübersteht. Von den Ausgaben sind die wesentlichen Posten folgende: 41 044 M. an die Lokalkassen der Mitgliedschaften, 3891 M. für Agitation, 2690 M. für die Presse, Streikunterstützung innerhalb des Verbandes 17 367,55 M., dito an andre Gewerkschaften 4688,59 M., Sterbebeleg 4140 M., Beitrag an die Generalkommission 1598 M., für Gehälter 3750 M. Das Vermögen des Verbandes ist seit dem großen Hafenarbeiterstreik 1895/96 in Hamburg stetig gewachsen. Als der Streik beendet war, war nicht nur kein Pfennig in der Kasse, sondern große Schulden summen waren abzutragen. Im Juni 1897 waren schon 5008,86 M. angeliefert. Im Juni 1898 11 509,09 M., 1900 40 733,05 M. und Ende Dezember 1901 schon 81 862,71 M. Dazu kommen noch 20 731,88 M., die sich in den Lokalkassen befinden, so daß der Verband Ende 1901 über ein Vermögen von insgesamt 102 594,07 M. verfügte.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, den 10. Januar, in der Brauerei Friedrichsain eine Auskuffung ab. — Die Vereine "Trebbin" (Trebbin), "Raidlume" (Rudowalbe), "Karlshorst" (Karlshorst) und "Vereine-Sang" (Berlin) hatten sich zur Aufnahme gemeldet und wurden aufgenommen. In Zukunft soll aber eine schärfere Kontrolle angebracht werden betreffs der Aufnahme von Vereinen, denn es melden sich Vereine, degittieren eine Zeit lang, und sind nicht lebensfähig. Die betreffenden Sänger müssen in erster Linie die schon bestehenden und aufgenommenen Vereine in ihren Orten unterstützen und vergrößern helfen und nicht ein Verein bilden, welches sich so schnell wie möglich wieder auflösen muß. — Beim Sängerkongress ist eine Einnahme von 4330,48 M. und eine Ausgabe von 2111,55 M. gemacht worden, mithin blieb ein Ueberschuß von 2218,91 M. Dem Kassierer H. Kaelebusch ist hierauf Decharge erteilt worden. — Zur Wärsfeier am 17. März wird das Orationarium für Männerchöre: "Freiheits" von den Vereinen "Kreuzberger Harmonie", "Norddeutsche Schale" und "Sorgenfrei" aufgeführt. — Die diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag, den 10. Februar, statt. — In einer andern Angelegenheit ist der Vorschlag angenommen, in diesem Jahre das Provinzial-Sängerkongress in Eberswalde abzuhalten. — In Sachen der Adlerhöfer Vereine ist der Ausschuß nicht der Ansicht, daß der Brief von "Freiheit" contra "Freiheit" als Denunziation aufzufassen ist.

Verein Berliner Wohnungsmieter. Oeffentliche Mieterversammlung Dienstag, 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11. Vortrag von Redakteur R. Grimwald über "Die Stadt Berlin und die Wohnungsfrage".

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 27. Januar. (W. T. V.) Zur Beratung steht ein Gesetzentwurf betreffend die Ausführung einer Anzahl schiffbarer Wege und die Verbesserung von Kanälen und Flüssen. Die Gesamtsumme der Arbeiten wird auf 663 Millionen veranschlagt. Eodel beontwortet die Vertagung der Beratung, die von der Regierung und der Kommission befaßt wird. Die Vertagung wird hierauf mit 477 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Nachdem die Generalberatung geschlossen und die Dringlichkeit erklärt war, verteidigt der Berichterstatter in der Specialberatung Artikel 1 des Entwurfs, welcher die einzelnen auszuführenden Arbeiten sowie die Gesamtkosten angiebt. Contant verlangt die Eröffnung des Kanals der beiden Meere, um das Monopol zu zerstören, welches "Olivier der Engländer" heiße. (Heiterkeit.) Warnouds erwidert, daß die Frage des Kanals der beiden Meere der besonderen Kommission unterbreitet ist.

Hamburg, 27. Januar. (W. T. V.) Der "Hamburgische Korrespondent" meldet: In dem gestrigen schweren Sturm in der Nordsee ist die russische Bark "Gansa", die sich auf der Fahrt von Leith nach Hamburg befand, etwa 30 Seemeilen westlich von Helgoland untergegangen. Dem englischen Dampfer "Korsika", der auf das Rettungssignal der "Gansa" herbeieilte, gelang es, drei Mann der Besatzung, nämlich den ersten Steuermann, einen Matrosen und einen Schiffsjungen, die an Planen und Spieren in den Wogen trieben, mittels langer Haken an Bord zu ziehen. Die übrige Besatzung ist ertrunken; der Schiffsjunge, der besinnungslos war, tauchte bald nach der Rettung. Die "Korsika" konnte wegen des schweren Sturmes kein Boot ansiezen.

Hamburg, 27. Januar. (W. T. V.) Der "Fischerfütter II. F. 210" (Eigentümer der Finkenwärd Fischer Peter Horstmann) ist von dem englischen Dampfer "Peregina" bei Rebel in der Elbmündung überannt worden. Der Dampfer hat den Schiffer und die beiden Bootskleute gerettet und heute Nachmittag hier gelandet.

Hamburg, 27. Januar. (W. T. V.) Ueber den Untergang der russischen Bark "Gansa" bei Helgoland hat der Berichterstatter der "Hamburgischen Börse" von dem geretteten Steuermann Freitjof erfahren, daß die gesamte Mannschaft der Bark in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag vergebens die größten Anstrengungen machte, das Schiff zu retten. Bei dem Untergang, der sich binnen zehn Sekunden vollzog, pläzte das Deck, und die elf Mann der Besatzung schwammen in einem Chaos von Trümmern. Der Steuermann selbst wurde nach einer Viertelstunde gerettet. Der englische Dampfer "Korsika" schwebte selbst in der größten Gefahr, da die Sturzwellen über ihn hinweg gaben. Der Name des geretteten Matrosen ist Stram, er stammt aus Aurand. Ertrunken sind Kapitän Hamburg, der zweite Steuermann Janson, der Koch Karlson, Zimmermann Japana, Bootsmann Michaelson, die Matrosen Gustafson und Högaland und Decksjunge Tschetti, sämtlich aus Rebo. Der zunächst gerettete Schiffsjunge Pemann aus Rebo ist ebenfalls gestorben.

Rön a. Rh., 27. Januar. (W. T. V.) Der "Rön. Ztg." wird aus Madrid telegraphiert: Unter dem östreichischen Kreuzer, der eine Gefandtschaft nach Rabat befördert, rüsten sich auch französische und deutsche Kriegsschiffe zur Abreise nach Rabat, wo die englischen Kriegsschiffe bereits eingetroffen sind.

Antwerpen, 27. Januar. (W. T. V.) Der Dampfer "Australian" der Hamburg-Amerika-Linie, von Hamburg kommend, ist infolge hohen Seeganges bei Doel, drei Meilen von hier, gestrandet. Schleppdampfer sind zur Hilfe abgegangen.

Parteigenossen in den Vororten!

Nur noch wenige Tage liegen die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen öffentlich aus. Wer sich noch nicht davon überzeugt hat, daß sein Name richtig in der Liste verzeichnet steht, möge jetzt das Veräumte selber nachholen oder sich an einen der am Sonntag in der 4. Beilage des „Vorwärts“ bekanntgegebenen Parteigenossen wenden.

Lokales.

Die Arbeitslosenzählung.

Arbeitslos! Was das heißt, kann eigentlich nur der Arbeiter allein ermessen. Für den Kapitalisten, den Bürger, den Beamten existiert entweder die Arbeitslosigkeit gar nicht oder sie ist ihm „ein soziales Problem“, das je nach seiner Charakterveranlagung sentimentale Regungen in ihm wachruft oder aber mit allgemeinen Redensarten als unbedeutend beiseite geschoben wird. Für den Arbeitslosen freilich handelt es sich um eine bittere Sache, ganz gleich, ob die Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung der toten Saison oder das dauernde Symptom einer chronisch gewordenen Krise ist, ob er allein davon betroffen wurde oder mit ihm Tausende von Kameraden. Arbeitslosigkeit bedeutet eine Ansammlung von Not und Entbehrung, von ängstlicher Sorge um das eigne und das Wohl der Angehörigen, von moralischer Demütigung und physischem Verfall.

Wenn der Einzelne einem solchen Schicksal entgeht, ist das schlimm; wenn Tausende und Abertausende ihm verfallen sind, so bedeutet es den Bankrott der Gesellschaft, ja führt zur Degeneration der Menschheit. Da ist es Sache der verantwortlichen Personen und Behörden in Staat und Stadt, einzuschreiten; auch die moderne Gesellschaft kann sich wenigstens der Pflicht nicht entziehen, gegen das schlimmste Elend Schritte zu versuchen, wenn sie es völlig auch nicht befähigen kann.

Den Behörden das Bewußtsein zu schärfen, sie mit der ganzen Ansammlung des vorhandenen Elends bekannt zu machen, dazu sollte die Arbeitslosenzählung dienen, zu der am Sonntag die Karten verteilt worden sind.

Zu der schwierigen Aufgabe hatte sich die Gewerkschaftskommission mit der sozialdemokratischen Partei verbunden, die allein in Berlin über eine Organisation verfügt, die es erlaubt, die Nielsenstadt in wenigen Stunden, wie sonst mit Flugblättern, mit den Zählkarten zu überschwemmen. Beinahe 600 000 Karten waren für die Verteilung hergestellt, schätzungsweise haben sich an der Arbeit 15 000 Personen beteiligt, von denen etwa 9000 von der Partei-Organisation gestellt waren.

Die Angehörigen der Partei-Organisation versammelten sich in ihren Häusern, von wo aus die zu derselben gehörigen Häuser belegt werden. Für die Gewerkschaften waren 30 Lokale bekannt gegeben, von wo aus die Karte truppweise nach den Bezirken dirigiert wurden, wo Hilfskräfte am nötigsten erschienen. Alle Lokale befanden sich in ständiger Kontakt mit der Centrale des ganzen Unternehmens, dem Bureau der Gewerkschaftskommission.

Im großen und ganzen funktionierte der umfangreiche Apparat vorzüglich. In den direkten Arbeiterquartieren waren Hilfskräfte in Menge übrig; dort hatte jeder Bähler nur ein Haus zu besorgen. Schwieriger gestaltete die Sache sich im Innern der Stadt; dort mußte ein Mann stellenweise 3-4 Häuser belegen. Den Vororten konnten Hunderte von Hilfskräften zur Seite gestellt werden, so daß auch dort das schwierige Geschäft zur Zufriedenheit erledigt werden konnte.

In den Zähllokalen herrschte eine stille emsige Thätigkeit. Es war interessant, den Eifer zu beobachten, mit der jeder einzelne sich der zugetheilten Aufgabe hingab; es war auch erfreulich, die Intelligenz zu beobachten, mit der das organisierte Proletariat an die Bewältigung der immerhin noch völlig ungewohnten Thätigkeit ging. Was hat unsere Bewegung aus den schmutzigen und berühten Menschen zu machen vermocht, die noch vor 20 Jahren die Mehrheit der Arbeiterschaft bildeten! Diese sauberen, adretten Menschen zeigen schon durch ihr Aeußeres, daß sie sich gleichberechtigt stellen mit jedem in der heutigen Gesellschaft, und sie werden in zähem Kampfe für die wirkliche Durchführung dieser Gleichberechtigung Sorge tragen. Wer organisierte, zielbewußte Arbeiter kennen lernen will, muß sie bei ihrer Thätigkeit für Partei und Gewerkschaft anschauen. Fast jeder ein Charakterkopf! Da kamen sie in buntem Gedränge: Der starke Bauarbeiter, der Maurer, mit den von der Lust und dem Aalkstaub geröteten Widen, der zähe Metallarbeiter, der Brauer mit der hochgewölbten Krant und der Tischler, hager und sehnig, dazwischen sah man einzelne Schneider und bedröckte Schriftsetzer, hin und wieder auch einen Kaufmann.

Wo die Arbeit sich glatt erledigte, war sie meist bis 10 Uhr erledigt; in einzelnen Bezirken zog sie sich bis zwölf Uhr hin. Jeder Bähler fand sich nach vollbrachter Arbeit wieder bei seinem Bezirksführer ein, von dem der Name des Zählers und das Haus oder die Häuser protokolllarisch vermerkt wurden, die von diesen belegt waren. Es soll so ermöglicht werden, daß am Sonntag, wo ja das eigentliche Zählgeschäft vor sich geht, jeder der Beteiligten wieder dieselben Wohnungen aufsucht, in denen er am Sonntag die Zählkarten abgab.

Von der Bevölkerung Berlins wurden die Zähler allgemein sympathisch aufgenommen. Es muß dies bewerkt werden, weil bei gewöhnlichen Flugblattverteilungen sehr oft Gegner unserer Partei den Flugblattverteilern alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen und ihnen blühige Lebenswürdigkeiten sagen. Am Sonntag war dies nirgends der Fall. Warum wohl nicht? Wachte man in der Bevölkerung nicht, daß die Arbeitslosenzählung ein Werk des organisierten Proletariats sei? Doch wohl kaum! Die Erklärung muß eine andre sein. Sie liegt darin, daß man in allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig von der Notwendigkeit des unternehmenen Werkes überzeugt ist. Nicht nur die Arbeiterschaft, nicht nur die sozialdemokratische Partei steht mit der Forderung der Arbeitslosenzählung im Gegensatz zu den „zuständigen“ Behörden, sondern die gesamte Berliner Bevölkerung hat durch ihr Verhalten gezeigt, für wie notwendig sie das von der Arbeiterschaft unternommene Werk hält, für das die Behörden nicht den Finger röhren.

So ist die am Sonntag begonnene Zählarbeit nicht nur ein bewundernswürdiges Werk der Organisation und Arbeit, sondern auch ein starker moralischer Erfolg der Berliner Arbeiterschaft, die bewiesen hat, daß sie das Fruchtbare zu leisten vermag, wo die Thätigkeit der Behörden versagt.

Achtung, Arbeitslosenzählung! Vom Bureau der Gewerkschafts-Kommission werden wir gebeten mitzuteilen, daß auch die wenigen Haushaltungsvorstände, in deren Haushalt Arbeitslose nicht vorhanden sind, die abgegebene Zählkarte ausfüllen müssen. Es handelt sich darum, durch das Verhältnis der gezählten Arbeitslosen zur Gesamtzahl der eingegangenen Antworten den Prozentatz der Arbeitslosen zur Gesamtbevölkerung festzustellen.

Der Magistrat hat die Einstellung von 27 800 M. zur Einrichtung und Unterhaltung von Spielplätzen für die Jugend genehmigt. Im verfloßenen Sommer war der Versuch gemacht worden, 10 geeignete Schulhöfe unserer Gemeindegärten in den großen Ferien als Spielplätze einzurichten, 5 für Knaben und 5 für Mädchen. Die Leitung der wochentäglich von 10 Uhr früh bis 8 Uhr abends stattfindenden Spiele war je 2 Lehrern beziehungsweise Lehrkräften anvertraut, denen ein Honorar von insgesamt 180 bzw. 150 M. gewährt wurde; dazu treten noch Kosten für Beschaffung, Anschaffung von Spielgeräten usw. Die Mittel zu Ausfüllung wurden durch Sammlungen beschafft. Dieser Versuch ist als gescheit anzusehen; es soll deshalb dieser Weg weiter beschritten werden. Im nächsten Sommer soll der Versuch auf weitere 10 Schulhöfe beziehungsweise Spielplätze, im ganzen also 20, ausgedehnt werden. Die Kosten betragen für jeden Schulhof 300 M.

Ein Zeichen der Zeit. In dem Arbeitsnachweis des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend hängt seit einigen Tagen folgendes Schreiben an:

Berlin, den 21. Januar 1902.

Bekanntmachung!

Der Obmann des Kuratoriums des Arbeitsnachweises, Herr Dr. jur. R. Freund, hat mich beauftragt, bekannt zu geben, daß bis auf weiteres Unterstufungsgehalte nicht mehr berücksichtigt werden können, da der Unterstufungsfonds erschöpft ist, und daher Mittel zur Gewährung von Unterstufungen an Arbeitslose nicht mehr verfügbar sind.

Der Arbeitsnachweis. J. A.: Schwarzer.

Für einige der städtischen Verwaltungsdeputationen wünscht die Stadtverordneten-Versammlung eine Vermehrung der aus ihrer Mitte zu wählenden Mitglieder. Bei Gelegenheit der Renovation für die Deputationen ist in der letzten geheimen Sitzung von den Stadtverordneten beschlossen worden, den Magistrat um sein Einverständnis damit zu ersuchen, daß die Mitgliederzahl der Grundeigentums-Deputation um 2 Stadtverordnete, die Deputation für die Gaswerke um 2 Stadtverordnete, der Deputation für die Wasserwerke um 1 Stadtverordnete vermehrt wird. Bisher saßen in der Grundeigentums-Deputation 10 Stadtverordnete, in der Deputation für die Gaswerke 6 Stadtverordnete, in der Deputation für die Wasserwerke 4 Stadtverordnete.

Ueber den Umfang der Fürsorge-Erziehung in Berlin liegen die Berichte jetzt bis zum Ende des ersten Halbjahres vor. Das erste Vierteljahr hatte mit einem Bestand von zunächst 52 Fürsorgezählungen abgeschlossen. Bis zum Ende des zweiten Vierteljahres stieg die Zahl der Fürsorgezählungen rasch auf 175; darunter waren 99 Knaben und 76 Mädchen. Untergebracht waren von den Knaben im städtischen Erziehungsheim Platenberg 70, in privaten Anstalten 18, in Familien 11 usw., von den Mädchen in privaten Anstalten 44, in Familien 11, im städtischen Erziehungsheim Kleinbeeren 6 usw.

Die Steuern der Gemeinde Berlin aus der Hundsteuer betragen: 1898: 511 649 M., 1900: 578 205 M. und im verfloßenen Jahre 580 000 M. Die Steuer ist also wieder in dauernder Steigerung begriffen. In den Etat für 1902 hat deshalb der Magistrat eine Summe von 622 000 M. aus der Hundsteuer eingeplant.

Vorzeltige Frühlingboten. Unter den Sträuchern am Opernhands-Platz, im Lustgarten und an anderen Orten stehen die Seidelbäume in voller Blüte und die Knospen der japanischen Ornitiden sind überall bis zum Platzen geschwellen, ja im Universitäts-Vorgarten stellenweise sogar schon aufgebrochen. Dasselbe gilt von den Hornisrücken, Eiben, Erlen und Haseln, besonders soweit sie an Gewässern stehen, und von den Apfelfäulen und andern Steinobstbäumen in den geschützten Gärten. Die Blätter der Weiden sind schon im vollen Entfaltung. In der westlichen Mauer des alten französischen Friedhofs vor dem Oranienburger Thor wurden blühende Weiden gepflanzt und die wirklichen Maßliebchen blühen auf Grabbügeln und Graspätzen. In den Vorgärten treiben die Zwiebeln von Arosas, Hyazinthen und Tulpen ins Kraut und im reichen Weiden sieht man Beete blau und goldig blühender Stiefmütterchen. Die Wiesen und Saatkfelder leuchten frischgrün und in den Zweigen der Bäume und Sträucher stellen — die Raupen bereits Paradiesvögeln an.

Gegen die Lieferanten, welche die Geschäfte der Milch-Centrale mit Waren aller Art versorgen, gehen die Milchhändler jetzt energischer vor. Sie stellen diese Lieferanten, welche auch ihren Rohmaterial liefern, vor die Wahl, entweder auf die Kundschafft des Ringes oder auf die der Händler zu verzichten. Eine große Brauerei ist durch die Vorstellungen der Milchhändler veranlaßt worden, die Lieferung von Glasbieren an die Käden der Centrale einzustellen. Auch die Bäckereien, welche den Käden Bedarf liefern, und ihnen auch den üblichen Rabatt gewähren, sollen zum Aufgeben aller Geschäftsverbindungen mit der Centrale veranlaßt werden.

Der Mensch muß sich zu helfen wissen. Ein Leser schreibt uns: Eine merkwürdige Einrichtung habe dieser Tage in einem Restaurationslokal in der Michaelkirchstraße große Lust auf das Publikum aus. Vormittags waren zwei Vertreter einer Brauerei mit einem Gerichts-vollzieher erschienen; die beiden Letzten hatten sämtliches Inventar weggenommen. Mit schnellem Entschluß nahm sich der Schiffer G. nunmehr des Bedrängten an. Der Schiffer handelt von seinem Rahm aus mit Prekololen und von diesem Brennmaterial wird binnen einer halben Stunde ein Repositorium und ein Ladentisch hergerichtet, wie es eleganter in seiner Art in Berlin noch nicht dagewesen ist. Für Tisch und Stühle aber sorgte die gesamte Nachbarschaft. Diese Hilfe erwies sich für den Restaurateur so erfolgreich, daß das Lokal bald bis auf den letzten Nagel von Neugierigen gefüllt war und der Wirt am Abend dem Schiffer mit der Versicherung die Hand drückte, daß er jetzt zum erstenmal ein gutes Geschäft gemacht habe.

Das Verdienst wahrer Patrioten ist auch gestern nach Gebühr belohnt worden. So erhielt Kammerherr v. Koye, der vor sechs Jahren durch die bekannte Standalaffäre so zu sagen berümt geworden ist, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife. Dieselbe Auszeichnung wird Herrn August Scherl zu teil, der vor sechs Jahren bereits den Orden ohne Schleife erhalten hat. Herrn Scherls Verdienste um die preussische Monarchie stehen so offenkundig da, daß auch die neueste Auszeichnung zu begreifen ist.

Zur Verhütung von Explosions- und Vergiftungsgefahren durch Ausströmen von Leuchtgas bei Benutzung von transportablen Gasöfen und Gaslampen wird das Publikum dringend davor gewarnt, nach dem Gebrauche leblich den am Apparat selbst befindlichen Gasbehälter anstatt des an der Hand befindlichen Zündhähnes zu schließen. Andernfalls gleiten, zumal in der Nacht, nur zu leicht die verbindenden Gummischläuche ab, werden auch mit der Zeit oft undicht und lassen so Gas ausströmen. Zweckmäßiger ist es daher überhaupt, die Verbindung zwischen Gasrohr und Gaslocher oder dem Apparat durch in Gewinden festschraubbare Metallschläuche herzustellen.

Der Geburtstag der Kaiserin gab wie früher so auch gestern den Herren Hoflieferanten und solchen Geschäftsleuten, die zu diesem Range emporsteigen möchten, willkommenen Anlaß, ihren Patriotismus

mit weitestgehender Inbrunst dem Publikum zu offenbaren. Selbst die Warenhäuser, die vor zwei Jahren wegen der Steuer, mit der sie besonders belastet wurden, zum Teil bei der Amputation freitreten, suchten gestern das damals Veräumte nachzuholen. Auch dies Stück Patriotismus giebt unserer Auffassung Recht, daß die Warenhaussteuer denen, die von ihr getroffen werden sollen, keinerlei Schaden zufügt.

Einen Anlauf erregte Montagvormittag um 10^{1/2} Uhr ein Soldat, der sich auf dem Alexanderplatz, an der Ecke der Neuen Königstraße zu entkleiden und zu töten verfuhrte. Der Mann rief sich Not und Hilfe vom Leibe und warf sich vor einen Strohhalmwagen. Ein Schuhmann vom 16. Revier sprang rasch hinzu und rief den Lebendmännern von den Schienen, so daß er unverfehrt blieb. Der Verletzte wehrte sich aus Leibeskräften. Man erkannte bald, daß man es mit einem Geisteskranken zu thun hatte und man brachte ihn durch die Unfallstation X in der Alten Schützenstraße mit einem Krankenwagen nach dem Garnisonlazarett I in der Schornhorststraße. Es war der Ranonier Schmall vom Fußartillerie-Regiment in Brandenburg, der sich vor sechs Tagen von seinem Truppenteil entfernt hat. Er stammt aus Weihensee und dient im ersten Jahre.

Im Auftrage des Handelsministers Möller ist die Fachschule der Berliner Väter-Vereinigung Koncordia von einem kgl. Schulrat inspicirt worden. Es handelte sich dabei Material für die Entscheidung einer wichtigen Streitfrage zu gewinnen, es nämlich die Vereinigungsfachschule einer Fortbildungsschule gleichwertig zu erachten sei und mithin, wie es namentlich die in den Vororten wohnenden Vereinigungsmittglieder behaupteten, den Lehrlingen vollen Erfolg für eine Fortbildungsschule biete. Da viele Vororts-Vätermeister ihre Lehrlinge von der obligatorischen Fortbildungsschule fernhielten und sie nach Berlin in die Fachschule schickten, gab es zahlreiche Strafmandate, Verträge an die vorgesetzten Behörden usw. bis schließlich der Minister durch den Oberpräsidenten davon benachrichtigt wurde. Der Minister ordnete daraufhin die Inspizierung der Fachschule durch einen königlichen Schulrat an. Der Vereinigungs- und Schulvorstand waren erziehen, der Unterricht wurde wie gewöhnlich unter Leitung des Obermeisters Gemeinhardt erteilt. Der Schulrat erklärte, er sei mit den Leistungen im allgemeinen zufrieden, könne aber wegen der weit geringeren Schulstundenzahl die Fachschule nicht als ausreichenden Erfolg für die obligatorische Fortbildungsschule ansehen. Für den Streit, ob Fach- oder Fortbildungsschule, ist dieser Bescheid von principieller Bedeutung.

Professor Virchow's Besuchen war gestern zufriedenstellend. Der Patient konnte zeitweise das Bett verlassen und wurde in einem eigens für ihn hergestellten Krankenstuhl im Zimmer umhergeführt. Die Nachtruhe war besser und die Nahrungszunahme leidlich gut, auch die Depressionen weniger bemerkbar als vor einigen Tagen.

Mit amtlichen Geldern und der Mithilfe seiner Frau durchgebrannt ist der 31 Jahre alte, aus Seehausen im Kreise Sternberg gebürtige Postkellner Paul Biesing aus der Lützenstraße 2 zu Halle. Biesing war auf dem Hauptfiskuspräsidenten in der Französischenstraße beschäftigt und hatte amtliche Gelder zu verwalten. Er stand vor der Prüfung für die höhere Landbahn. Schon ehe er vor zwei Jahren die Tochter eines Apothekers in Halleense heiratete, unterschlug er, wie sich erst jetzt herausstellte, kleine Beträge, die er ebenso wie früher die größeren Posten durch Fälschung der Beläge und der Bücher bei den Revisionen ausglich. Nachdem er in den letzten Tagen die 17 000 M. betragende Mithilfe seiner Frau an sich zu bringen gewohnt und heimlich einen früher bei Bergreifen benutzten Kuchel gepackt hatte, nahm er am 20. d. M. fünf Tage Urlaub. Nach Beendigung des Dienstes kam er nach Hause, ging unter einem Vorwande bald wieder weg und lebte nicht mehr zurück. Seine Frau glaubte, daß ihm ein Unfall zugefallen sei oder daß er unerwartet dienstlich festgehalten wäre, und fragte daher am andern Tage bei der Postbehörde an. Diese nahm nun, als Biesing von Urlaub nicht zurückkam, eine Revision vor und entdeckte einen Fehlbetrag von 8000 M. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Flüchtigen hatten keinen Erfolg. Er ist wahrscheinlich schon ins Ausland entkommen und wird jetzt steckbrieflich verfolgt. Die bedauernswerte Frau, die der Untreue mit einem dreiviertel Jahre alten Töchterchen im Stich gelassen hat, ist zu ihren Eltern zurückgekehrt.

Ein sehr gefährlicher Fabrikbrand, der eine Panik des Personals im Gefolge hatte, veranlaßte Montagvormittag die Alarmierung von 1/2 Dutzend Löschzügen nach Kunitzstraße 40. Hier ist in den Partierverräumen das Postamt 14 untergebracht, während sich im ersten Stock die Papier-Galanteriewaren-Fabrik von C. Meul befindet. Während nun der Geschäftsinhaber in dem nach der Straße hin belegenen Saale eine harzige Wasse erwärmte, schlug jedenfalls infolge eines Luftzugs ein Funke aus dem Ofen und erfasste die in der Nähe liegenden Celluloseboxen. Im Nu loderten hohe Flammen empor, so daß die anwesenden Personen kaum den Ausweg gewinnen konnten. Einer Arbeiterin wurde durch Stichflammen das Kopfsaar verbrannt. Eine völlige Panik aber bemächtigte sich auf die Feuerkräfte hin der in einem Nebenraume arbeitenden zwanzig Mädchen. In wilder Hast eilten sie durch einen Ausgang nach dem Seitenspiegel, wurden aber hier von starkem Qualm befangen, so daß einzelne Anstalten trafen, um auf den Hof herabzuführen. Hausbewohner schleppten Leitern herbei, die sich aber als zu kurz erwiesen. An die Lösung des Feuers machte sich in der allgemeinen Verwirrung fast allein der auf der Nachbarschaft wohnende dienstfreie Feuerwehrmann Zahn, der trotz Hitze und Qualm das ihm zugehörige Wasser zum Brandherd beforderte. Infolge der Hitze flogen drei große Ladenfenster aus fingerdicke Glas auf die Straße hinab, ohne glücklicherweise Verletzungen herbeizuführen. Der Feuerwehr gelang es zwar bald, die Flammen zu ersticken, bevor sie die im zweiten Stock befindliche Knopffabrik von Rosenbünd erfassten, doch sind große Posten fertiger und unfertiger Galanteriewaren sowie auch Regale und die Geschäftsbücher vernichtet. Da noch andre Fabrikräume zur Verfügung stehen, tritt keine Betriebsstörung ein. — Kurze 51 ging nachmittags 4 Uhr ein Teil des Dachstuhls in Flammen auf.

Jungen gesucht. Am 3. August v. J. wurde in der Bellenzstraße zwischen Varulker- und Zeltowstraße der 52 Jahre alte Kaufmann Vogel von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und tödlich verletzt. Personen, die den Vorfall mit angesehen haben, insbesondere ein Herr, welcher dem Ueberfahrenen seinen Schirm hinreichte, sowie der Omnibusfahrer, welcher den Vorgang genau gesehen hat, werden gebeten ihre Adresse bei Frau Vogel, Varulkerstr. 12 I, abzugeben.

Zwei Unfälle durch unvorsichtiges Abbringen von Straßenbahnwagen werden vom gestrigen Tage gemeldet. Gegen 9 Uhr morgens sprang die 30jährige Theresie Meyer in der Wienerstraße trotz Warnung des Schaffners vom Hintereisen des Anhängewagens 288 der Linie Moabit-Görlitzer Bahnhof ab, kam dabei zu Fall und blieb beunruhigend liegen. Am Nachmittag gegen 3 Uhr verließ vor dem Hause Leipzigerstr. 48 der in der Zeitenerstraße 60 wohnhafte Berliner Lito Gundlach den Hintereisen des Anhängewagens 324 der Linie Grunewaldstraße-Franfurter Allee. G. fiel auf den Asphalt und trug eine klaffende Wunde an der Stirne davon. Die beiden Verletzten Personen erhielten die erste Hilfe in den in der Nähe belegenen Unfallstationen.

Feuerbericht. Montagvormittag 4 Uhr wurde die Wehr nach Kurze 51 gerufen, wo ein Teil der Dachkonstruktion in Flammen stand. Es gelang indes dem Brand mit einem Rohr in kurzer Zeit abzulösen. Sonntagabend 9 Uhr hatten in der Steglitzerstraße 11 in einer Buchdruckerei Werkzeuge, Papier, der Fußboden und Regale Feuer gefangen, das jedoch eben-

falls bald beseitigt werden konnte. Kurz darauf brannte in der Reichenbergerstraße 113a auf dem dritten Hof eine Kesselschmiede. Nach längerem Wassergeben gelang es auch hier den Brand auf die Schmiede zu beschränken. Sonntagmorgen erfolgte eine Klammierung nach der Dranienburgerstraße 64, wo in einem Verkauf der jüdischen Gemeinde ein Verkauf, Wandbrenn und der Fußboden Feuer gefangen hatte. Die Wehr hatte hier längere Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Kleinere Brände wurden außerdem noch von Ackerstraße 28, Skalitzerstraße 15, Meyerstraße 8 und Jerusalemstraße 15 gemeldet.

Freie Volksbühne. Die Generalversammlung dieses Quartals wird am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, in den Kaminhallen abgehalten. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn Wilhelm Spahr über Multatuli, der freie Denker und Dichter (mit Recitationen aus seinen Werken). Ferner Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht, Diskussion, Renouveau eines Revisors und Verschiedenes. Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Am zahlreichem Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Der Schlingenschnur des Vereins für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend nimmt seinen Anfang am 1. Februar d. J. Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute, welche zum 1. April Verträge einzuführen wünschen, wollen ihre Anträge an die ihnen zunächst gelegene der folgenden Unterbringungsstellen richten: Für den Süden an Herrn Seib, Berlin SO. 36, Reichsbergerstr. 44/45; für den Norden an Herrn Bräutigam, N. O. 39, Kadenerstr. 4; für den Nordosten an Herrn Rektor Lugenberger, N. O. 55, Heinersdorfstr. 18; für den Westen an Herrn Rektor Haumann, W. 35, Dersingstr. 18a; für den Nordwesten an Herrn Sedowitz, N. W. 21, Lurmf. 86; für den gesamten übrigen Teil der Stadt an Herrn Dreßmann C. 2, Hinter der Bornhofstraße 2, sowie an Herrn Lehrer Bätzke, N. O. 55, Raststr. 15/16.

Zur Verein für vollständige Kurie von Berliner Hochschullehrern beginnt am Dienstag, den 28. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Friedrich-Werderschen Gymnasium, Dorowstr. 13/14, Herr Geheimrat Regierungsrat Professor Konrad Hartmann, Senatsvorsitzender im Reichs-Versicherungsamt, seinen Vortrag über „Unfallversicherung“. Er wird am ersten Abend über die Unfallversicherung, Unfallhaftung, die Verordnungen und die Vorschriften über Unfallversicherung und ihre Durchführung und die Ueberwachung der Betriebe sprechen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den 6. Abend von je 1/2 M. Stunden unbeschränkter Kurie sind zu haben bei: Georg Bellina, W., Leipzigerstr. 130; A. Schölk, O., Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendorf, C., Sophienstr. 20; F. E. Lederer, W., Aurfürststr. 70; Bernhard Staar, SW., Friedrichstraße 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, W., Rüttenstraße 23.

Orthopädisches Institut. Und wird mitgeteilt, daß in dem orthopädischen Institut für Missbildungen und Verkrümmungen des kindlichen Alters von Dr. A. Bernhardt und Dr. R. Blumenthal, Alexanderstr. 38, I. (am Alexanderplatz), wochentäglich von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr für Unbemittelte eine poliklinische Sprechstunde stattfindet und daß auch die erforderliche Behandlung (Operationen, Massage, Physiotherapie u. s. f.) für solche eine unentgeltliche ist.

Theater. „Amor in Eil“, die neue Operette von Paul Linde und Hosten-Bader, ist laut mit den Autoren abgeklärtem Vertrag bereits im vergangenen Jahre in den Besitz des Apollo-Theaters übergegangen und wird demnach an genannter Bühne ihre Erstaufführung erleben.

Zur Urania sprach vorgestern Herr Walter Wensky, der Konsul des Deutschen Reichs, für das Yukon-Territorium über die Goldfelder Alaskas im Klondike-Gebiet. Der Vortrag war außerordentlich interessant und gab ein fesselndes Bild vom Wesen und den Fähigkeiten moderner Argonautenfahrten. Wären die fähigsten Strapazen, denen die Goldsucher auf der Reise in die arktische Region ausgesetzt sind, nicht durch die untrügliche Photographie veranschaulicht worden, so würde man glauben, Märchen von Sindbad dem Seefahrer und ähnlichen Reden zu vernehmen. Die Reise durch die Eisregionen mußte bis dahin zu einer Jahreszeit angetreten werden, wo der Polarwinter sich noch in seiner ganzen Furchbarkeit zeigt, und dennoch unternehmen Hunderttausende es, mit Einsetzung ihres Lebens über gefährliche Pässe und reichende Stromschnellen dem Ziele entgegenzuströmen. Der Weg ins nordische Goldland kam nur von Leuten beschritten werden, denen einige tausend Mark zur Verfügung stehen, denn die Ausgaben für Proviant, Ausrüstung, Transport u. s. w. sind geradezu ungeheuerlich. So verlangt die kanadische Regierung, um einer Hungersnot vorzubeugen, daß jeder Reisende tausend Pfund an Lebensmitteln mitbringt, und dies Päckchen muß der Wanderer mit aller übrigen Ausrüstung allein vorwärts schaffen. Meist werden Hunde und Pferde als Zugtiere benutzt; die Goldsucher strengen die armen Geschöpfe jedoch so rücksichtslos an, daß der schwierige Weg über den Chilkotpaß völlig mit den Kadavern der zu Grunde gerichteten Tiere bedeckt ist. Erst neuerdings ist durch Bahnbauten und sonstige Einrichtungen die Reise nach Klondike erleichtert und auch etwas verbilligt worden. In der Goldstadt Dawson-City selbst herrschen dank dem vortrefflichen Wirken der kanadischen Polizei übrigens völlig geordnete Zustände und selbst das Spiel ist, seitdem ein Verbot ergangen, seltener geworden.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung u. a. mit einer Vorlage betr. Erhöhung der Umsatzzsteuer beim Verkauf von Grundstücken zu befassen haben. Die Steuer beträgt zur Zeit für bebauten Grundstücke 1/2 Proz., für unbebaute 1 Proz., sie soll in Zukunft gleichmäßig auf 1 Proz. bemessen werden. Der Magistrat begründet diese Erhöhung mit dem Hinweis darauf, daß sich die Wirkungen des allgemeinen wirtschaftlichen Druckes auch in der Charlottenburger Verwaltung fühlbar machen und entsprechende Vorkehrungen fordern. Es sei deshalb notwendig gewesen, die Frage der Eröffnung neuer Steuereinnahmen zum Gegenstande eingehender Erörterungen zu machen, um die Mittel für die Fortführung der Verwaltung in dem bisher üblichen Umfang auch weiterhin zur Verfügung stellen zu können. Eine solche neue Steuerquelle erblickt der Magistrat in der Erhöhung der Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke; die Mehreinnahmen berechnet der Magistrat auf Grund der Verkäufe der letzten Jahre auf 352 000 M. Der Befürchtung, daß eine Erhöhung der Abgabe für bebauten Grundstücke einen nachteiligen Einfluß auf den gefunden Grundstücksverkehr ausüben könnte, tritt der Magistrat mit dem Hinweis auf Wilmerdorf und Schöneberg entgegen, welche seit Jahren durchweg

eine Steuer von 1 Proz. erheben und sich dabei einer Entwicklung erfreuen, welche der von Charlottenburg nicht nachsteht. Ferner beantragt der Magistrat, in Zukunft auch eine Besteuerung der Zwischen-geschäfte durch Einfügung eines neuen § 1a in die Steuerordnung, wonach, wenn die Auflassung eines Grundstücks auf Grund mehrerer auf einander folgender zusammengefaßter Veräußerungsanträge von dem ersten Veräußerer an den letzten Erwerber erfolgt, die Steuer von der Summe der Werte des Grundstücks zur Zeit der einzelnen Veräußerungsgeschäfte zu entrichten ist.

Steglin. Aus der letzten Sitzung der Gemeindevertretung sei noch einiges erwähnt: Der Gartenbauverein, welcher alljährlich den Schulkindern Pflanzen in Pflege gibt und Prämien verteilt, beantragte eine jährliche Beihilfe. Dieser Antrag fand Annahme durch Bewilligung von 100 M. und gab dem Gemeindevorsteher Veranlassung zu der Behauptung, daß die Beschäftigung mit Pflanzen in den Gärten nicht nur die Liebe zu Natur und Wissenschaft, sondern auch die — Frömmigkeit fördere; nur ein religiöser Mensch habe Freude an der Natur! — Alle Achtung! — Auch Herr Ranke machte einen Witz, als bei einem Titel der entlassenen Gemeinde-Arbeiter wieder erwähnt wurde. Er meinte, der Mann sei wohlhabend und habe die Arbeitslosigkeit nicht sehr empfunden; es sei ein Skandal, daß solche Sachen in „Vorwärts“ so breit behandelt würden. Genosse Rapp erwiderte, daß die Gemeindeverwaltung durch ihre Maßnahmen diesen Skandal verursacht habe, was ihm eine Klage seitens des Vorstehers eintrug. Die Kritik im „Vorwärts“ hat übrigens ihren Zweck erfüllt, denn Herr Schöffe Ranke teilte mit, daß der Arbeiter wieder eingestellt sei. Am Ende nahmen sich die Kollegen des letzteren vor, nicht zu sparlam zu sein, damit sie nicht auch schließlich wegen „Wohlfabensheit“ entlassen werden.

Aus Nimmelsburg schreibt man uns: Eine wichtige Tagesordnung beschäftigte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Es handelte sich zunächst um Erweiterung der hiesigen Friedhofsanlage; zum Kauf der hierzu nötigen Grundstücke beschloß die Vertretung die Aufnahme einer Anleihe von 100 000 M. bei der Kreis-Sparkasse. Ein Antrag des hiesigen Grundbesitzer-Vereins auf Vermehrung der Zahl der Gemeindevorsteher von 15 auf 18 veranlaßte, den Herrn Amtsvorsteher zu der Äußerung, daß es jetzt schon schwer halte, geeignete Personen als Vertreter zu finden. Demgegenüber war unser Parteigenosse Ritter der Meinung, daß es bei der bevorstehenden Vergrößerung des Ortes sogar notwendig sei, die Zahl der Vertreter später auf 24 zu erhöhen. Die Frage soll bis nach der vollständigen Bebauung Vorhagens eine offene bleiben. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Etat der hiesigen Fortbildungsschule. Die Schule, welche vor zwei Jahren hauptsächlich auf Anregung der Regierung obligatorisch errichtet wurde, zählte zu Anfang 30 Schüler. Diese Zahl ist jetzt auf nahezu 300 gestiegen, und wird zu Oktober d. J. über 400 betragen, so daß eine Verrechnung der Lehrkräfte sich notwendig macht. Die Kosten der Schule werden sich dann auf 8000—10 000 M. jährlich belaufen, wozu von der Regierung ein Zuschuß von 1600 M. geleistet wird. Herr Raurat Euders sowie Gemeindevorsteher Direktor Frey veruchten, aus der Höhe der Kosten die Undurchführbarkeit des obligatorischen Unterrichts nachzuweisen, und verlangten statt dessen fakultativen Unterricht. Von anderer Seite wurde eine Vermehrung der Lehrkräfte in einzelnen Klassen vorgeschlagen, so könne man Lehrkräfte sparen. Heute hat die Schule vier Lehrer für den allgemeinen und zwei für den Zeichenunterricht. Genosse Ritter wandte sich ganz entschieden gegen diese Vorschläge, welche das Bestehen der Schule geradezu in Frage stellten. Beschlossen wurde eine Eingabe an die Regierung, worin um Erhöhung des Zuschusses bis zur Hälfte der Kosten ersucht werden soll. Betreffs der in der hiesigen Volksschule neu zu errichtenden Klassen für minderfähige Kinder ist von der Regierung die Genehmigung eingegangen. Die Regierung bringt dieser Einrichtung hohes Interesse entgegen und macht den Vorschlag, die in der Schule unterzubringenden Kinder durch Schulärzte untersuchen zu lassen. Zu dieser Höhe der pädagogischen Auffassung konnte sich der Gemeindevorstand leider nicht erheben; der Herr Amtsvorsteher erklärte, daß ja Idioten und Geisteskranken in der Schule nicht vorhanden seien. Genosse Ritter wies darauf hin, daß die schwache Begabung der meisten Kinder auf krankhafte Veranlagung zurückzuführen sei und hier eine ärztliche Untersuchung vor allem am Platze wäre. Die Sache wird dem Orts-Schulinspektor Pfarrer Schläger zur Regelung überwiesen. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Gefahr hin, welche dem Ort durch den Verlust seiner bedeutendsten Einnahmequelle droht. Ein Konfession, an dessen Spitze ein bekannter Agrarier steht, beabsichtigt nämlich, in Friedrichsfelde einen Lagermarktplatz zu errichten, welchem Projekt angeblich die Unterstützung der Regierung mit bedeutenden Summen zugesichert sei. Die Verhandlung über diesen Punkt wurde leider unter Auslösung der Definitivität abgebrochen, obgleich gerade an diesem Projekt, welches wahrscheinlich zur Monopolisierung des Viehhandels führen wird, die weitesten Volkstriebe interessiert sind.

Lichtenberg. Die Gespanne für die Straßencleaning, die Sprengwagen und die Feuerwehre sollen künftig nicht mehr wie bisher durch Privatunternehmer gestellt werden. Mit der Erbauung eines Straßencleaning-Depots wird die Gemeinde auch das erforderliche Material ankaufen. Den Straßencleaningern ist gleich den Gasarbeitern eine Lohn-erhöhung zugesichert worden; Regenpelerinnen sollen ihre Uniform vervollständigen. Infolge der durch die Grundbesitzer erfüllten Unterhaltungspflicht der Bürgersteige durch die Gemeinde wird der Etat für Unterhaltung des Straßenpflasters um 13 000 Mark höher zu veranschlagen sein. Nicht einbezogen sind hierbei die Kosten der Entschädigungsansprüche der notleidenden Hausbesitzer. — Eine Volksbibliothek wird am 28. Januar der Benutzung übergeben werden: 1400 Bände stehen zur Verfügung. Die Bücherausgabe soll an jedem Freitag von 5—7 erfolgen. Der Bibliothekar, Herr Lehrer Gilden, wird in dieser Zeit in dem Schulgebäude, Dorfstraße (mittlerer Eingang) an jedem, der in Lichtenberg eine eigene Wohnung besitzt oder dem Bibliothekerverwalter als zuverlässig (!) bekannt ist, oder sich durch einen Empfehlungsschein ausweist. Bücher aus der Bibliothek mangelndlich verabfolgen.

In beschränktem Maße ist auch für Schulkinder geeignete Leseliteratur vorhanden.

Selbstmord oder Unfall? Das Verschwinden des Gerichtsaffessors a. D. Richard Schmidt aus Schöneberg, Stubenrauchstraße 4, der am 5. November v. J. in einem Unfall von Geistesgestörtheit seine Wohnung verlassen hat und dahin nicht wieder zurückgekehrt ist, ist nunmehr aufgeklärt. Schmidt war, wie nunmehr festgestellt ist, an dem betreffenden Tage nach Regel gefahren und ist von dort durch den Wald nach dem Heiligensee gewandert. Unterwegs unterhielt er sich mit verschiedenen Spaziergängern und erzählte einem, daß er ein Bad im See nehmen werde und daß es ein vortrefflicher Schwimmer sei. Der Affessor ist auch später noch an demselben Tage in einer Gastwirtschaft „Zum Sandhaußen“ eingeleckt. Von da ab fehlte jede Spur von ihm. Man fand nur seine Kleidungsstücke im Walde bei Konradshöhe in ziemlich entfernter Entfernung vom Wasser. Am Sonnabendvormittag bemerkten nun Schulkinder eine auf dem Heiligensee treibende Leiche, die alsbald gesandt wurde. In dem noch wohl erhaltenen Toten wurde der vermählte Schmidt rekonstruiert und seine Angehörigen benachrichtigt.

Marktblatt von Berlin am 25. Januar 1902

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut	17,40	17,30	Rartoffeln, neue, D. Gr.	6 —	4 —
„ mittel	17,32	17,25	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
„ gering	17,24	17,20	„ „ „	1,40	1 —
Koggen, gut	14,55	14,53	Schweinefleisch	1,70	1,30
„ mittel	14,51	14,49	Ratfleisch	1,80	1 —
„ gering	14,47	14,45	Hammelfleisch	1,60	1 —
„ Westf., gut	14,50	14 —	Butter	2,60	2 —
„ mittel	13,90	13,40	Eier 60 Stk.	5,20	2,80
„ gering	13,30	12,80	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,30
„ Paier, gut	17,20	16,70	Hefe	2,60	1,40
„ mittel	16,60	16 —	„ „	2,60	1,30
„ gering	15,90	15,40	„ „	2,20	1,30
Mehl, 1. Sort.	7,50	7 —	„ „	1,80	0,80
„ 2. „	8,60	8 —	„ „	3,00	1,20
„ 3. „	40 —	25 —	„ „	1,20	0,80
Speisebohnen	50 —	25 —	„ „	15 —	3 —
„ „	60 —	20 —			

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 27. Januar. Die Tendenz für Brotgetreide war heute nicht einheitlich. Weizen verkehrte in schwächerer Haltung auf meißel Nordamerika und vielfaches Warenangebot, namentlich in Kanada und Waska-Waska. Höheres Oestreich-Ungarn hatte seinen Einfluß auf den hiesigen Markt und auch das fältere Wetter verkehrte seine Wirkung, da schon für morgen wieder höhere Temperatur in Aussicht steht. Roggen lag dagegen gut behauptet, eher etwas fester. Die Wägen sind Käufer für ausländisches Produkt, obwohl solches sehr teuer ist, da hiesiger Inlandmarkt nicht zu haben ist. Der Verkehr in Weizen sowie Roggen war zeitweilig einigermaßen lebhaft. Mehl gab der ruhigen Nachfrage 5 Pf. nach. Am Futtermarkte blieb Mais still und unverändert, während Hafer infolge vermehrten Angebotes bei schwacher Nachfrage 1/2 M. im Preise zurückging. Weizen wurde fast gar nicht gehandelt. — Schluß für Getreide unverändert; Weizen 1/4, Markt schwächer, Roggen 1/4, Markt höher als vorher. Spiritus gab 20 Pf. nach, 70er loco 33,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zsprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. Barmen. Sie sind im Jertum. Das Wort „für“ im Gelehe ist gerade entgegen dem ursprünglichen beizutragen „in“ geändert worden, um das zu ermöglichen, was Sie beantragten. Es geht also nicht an, die Entscheidung der Regierungsvorstände als unzulässig zu bezeichnen. Der Vortrag hat sich schon in der Kommission abgeklärt, weshalb er Ihnen unbekannt geblieben ist.

G. K. Sie meinen wahrscheinlich die der kaiserlichen Gewerbe-Deputation unterstehende Bauergewerkschule, Aurfürststr. 141. Das Schulgeld beträgt hier halbjährlich 100 Mark, doch sind ganze und halbe Preistellen vorhanden.

G. J. 48. Ein hiesiger Laternenwächter erhält gegenwärtig pro Monat 30—75 M.; vom 1. April 1902 ab sind 66—80 M. vorzusehen. Man wende sich Klosterstraße 68, am Götter Ufer 25.

G. J. 155. Ihre Frage ist ohne Rücksicht in die Police und die Statuten nicht zu beantworten. — **N. A. 1973.** Weidmeyer Sie sich wegen Verletzung der Eintragung des Vormannes bei dem Amtsgericht und beantragen Sie, den Standesbeamten anzuhalten, die von Ihnen gewählten Vormänner einzutragen. Hat der Standesbeamte nur abgemerkt, die Vormänner so zu schreiben, wie Sie wünschten, also Mladislav mit y statt mit i, so hätte eine Beschwerde keine Aussicht auf Erfolg. — **N. B.** Weiden Sie sich unter Verletzung des Sachverhalts an das Amtsgericht und an die Polizeibehörde in Straßburg. — **G. O. 1.** 1 und 2: Ja. — **G. M. 1.** und 2: Nein. Sie können lediglich an Klage gegen Rückzahlung des Empfangenen wegen Ungültigkeit des Kaufs beim Amtsgericht klagen. — **G. A. 51.** Als Gede Ihres Sohnes hätten Sie freilich dessen Schulden zu bezahlen, auch zu dem Nachschuß aus die Schulden gehören, falls die Erbchaft nicht der Rechtsnachfolger des Inventars angetreten ist. Die von Ihnen verlangte Herabsetzung ist jedoch nicht zu bezahlen, weil Sie, wenn Sie überhaupt einhalten, so, jedenfalls schon zu bezahlten Abred Sohnes veräußert war. — **Neue Schönauerstraße.** 1 bis 3: Nein. 4: Ja. — **N. A. 32.** Können Sie nachweisen, daß der Zulaß, durch den die selbstständiger Bürger übernommen ist, in der That erst später gegeben ist, so würde der Klagegegenstand nicht anordnen können und Sie würden mit einer Interventionklage durchdringen. Das Ihnen der Nachweis gelangt, ja, daß in der That Sie sich nicht trennen, ist aber sehr wenig wahrscheinlich, zumal der Klagegegner ein in allen Rufen bewandertes Mann bekannt ist. Leider ist Ihnen die Sache an dieser und anderen Stellen unseres Blattes so oft erteilt, daß Sie nicht darauf zu haben, kein Schriftstück zu unterzeichnen, bevor Sie es genau durchgesehen, aber seine Tragweite sich informiert und Abschrift des Schriftstückes genommen haben. Jetzt bleibt nur der Rat: versuchen Sie eine Einigung. — **N. L. Groß-Lichterfelde.** Frage unverständlich.

M. W. 1500. Die nach dem 31. Dezember 1899 entfallenden Verbindlichkeiten der Ärzte, Zahnärzte, Lehrer, Rechtsanwalte, Gelehrten usw. verfallen in 2 Jahren. Diese Frist beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist und in dem eine etwa bewilligte Zahlungsfrist abgelaufen ist. Die Verbindungsfrist wird unterbrochen, damit also nicht neue, wenn der Schuldner durch Abschlagszahlung, Rindzahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise die Forderung anerkennt, ferner durch Abgabe einer Bescheinigung eines Zahlungsbefehls, Anmeldung zum Konkurs. Eine im Jahre 1900 entfallende Verbindlichkeit ist mithin in der Regel mit Ablauf des Jahres 1902 verjähr. Sie verjähr aber erst mit Ablauf des Jahres 1903, wenn Sie irgendwie im Jahre 1901 anerkannt wurde. — **N. A., Charlottenburg.** Ihr Bruder ist im Recht: §§ 917, 114—225 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, § 168, 131—135 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Jahres. — **N. K. Rein.**

Verein socialdemokrat.
Cast- und Schankwirte
Berlin und Umgebung.
Am Sonntag nach nach langen
Leiden unser Mitglied, Kollege
Joseph Thenée.
Die Beerdigung findet Mittwochnachmittag 3 Uhr vor der Leichenhalle der Charité nach dem Charité-Kirchhof, Müllerstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Turn-Verein „Fichte“.
Allen Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Turngenosse
Ernst Raabe
am 25. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Straßburgerstraße 42 ab statt.
Rege Beteiligung erwünscht.
Die V. Jugend-Abteilung.

Dankjagung.
Allen Freunden und Bekannten, sowie den vereinten Kollegen und dem Gesangsverein „Typographia“ sagen wir für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters hierdurch unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Witwe Luise Bösch
noch Tochter.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits Kranze, Palmen u. Blumenarrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden fein u. preiswert geliefert.
Honig! Unverfälscht, deutschen
Bienenhonig, beste
Qual., wert 9 Pf. netto
zu 60 M., 5 Pf. d. 4 M. franco Nachh.
Garant. Nihil. **E. Reil, Nordloh,** Bahnhof Auguststraße Oldenburg.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Recitationsabend der Dichterin Fräulein Klara Müller.
Gäste, Herren und Damen, willkommen. Eintritt frei. Eröffnung 8 Uhr.
Nachher: **Gemütliches Beisammensein.**

Dankjagung!
Hierdurch sage allen Verwandten, Freunden, Bekannten für die vielen Beweise der Teilnahme an der Beerdigung meiner lieben Frau **Agnes Feistel**, geb. Ribo, insbesondere den Bundeskollegen der Mutterpolitiker Berlin und dem Bau Uebon meinen herzlichsten Dank.
182 b
August Feistel.

Dankjagung.
Für die liebevolle Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers **Carl Bettin** meinen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Allen Verwandten, Freunden und Kollegen herzlichsten Dank für Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau.
180 b
August Jänike, Maurer,
Gr. Frankfurterstr. 77.

Central-Verband der Maurer
Bezirk Osten.
Sonnabend, den 1. Februar, in Scholz' Ballsalon (fr. Breuer)
Grosse Frankfurterstrasse 74:
Grosser Wiener Masken-Ball.
Anfang 8 Uhr. 130/17. Ballet a 50 Pf.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Komitee.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtes Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9—7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 28. Januar.
Opernhaus. Helmar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Wölfe. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Mütter. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kräfte. (2 Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Seiffing. Hochmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die japanische Base. Barbe. Chassez-Croisez. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ereignishaus. Delfes. Anfang 8 Uhr.
C. v. Wolzogens. Bunter Theater. (Ueberbrett.) Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Pieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kofal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Dienstag: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crychus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Brett. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Weihnachten. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zur Theaterzeit) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Anfang 8 Uhr.
Zu Horcaol. Abends 8 Uhr: Bau und Entstehung der Gebirge.

Urania.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungstokal Berlins
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Oekonom: Gustav Preilpper.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer
Phänomenale Muskulatur!

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

E. von Wolzogens
Bunter Theater (Ueberbrett) Köpnickstr. 68.
Dienstag, den 28. Januar 1902:
Lina Abarbanell, Bozena Bradsky u. Oskar Strauss.
U. a.: „Maientanz“, Musik von Schindler. „Stoppko“, von John Lehmann. — Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch, (Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Dienstag, den 28. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus. Familienidyll etc.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Schauspiel in 4 Akten u. 3 Aufz. u. 3 Akten.
Camil Sondermann, Ferd. Worms, Wigi Richter, Rosa Marton.
Darauf: **Gr.** Pariser Lebensbild in einem Aufzuge.
Hans Dellon, Danny Gärtler.
Morgen u. folg. Tage: Diefelbe Stoff.

Passage-Theater.
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11.
Damen-Luftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
Neu! Der Gesangs-Amon Humorist in seinen Zwerchfell erschütternden Bauertypen.
Neu! Schindler, der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.
Michel Mayer, der stärkste Mann der Welt, zählt 1000 Mk. dem, der seine Handeln nachhebt.
16 erstkl. Nummern.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Nur noch bis Freitag die bis jetzt einzig dastehende Aufführung des sensationellsten Großstadtzaubers.
Hugo Lustig, Dir. H. Winkler.
Freitag, den 31. Januar:
Sommerfeld-Benefiz.
Dir. Wihl. Fröbel in der Operette **Die süßen Mädel.**
Abschiedsauffreten der gesamten Kunst-Spezialitäten
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonnabend: Wegen Privatlichheit geschlossen.

W. Noacks Theater.
Prinzenstraße 16.
Die Chre
eines armen Mädchens.
Schauspiel in 5 Akten von G. Clefeld.
Deute: Tanzkränzen.
Mittwoch:
Liebestraum und Erwachen.

Charivari-Brett!
Alte Jakobstr. 37.
Pepi Weiss
Helena Dyas
Stella Ruth
Albert Kühne
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Casino-Theater.
Seifingerstr. 37.
Nur noch bis Freitag das einzig dastehende Januar-Programm.
Nur noch bis Freitag:
Weihnachten.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
Dienstag, 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung **Klondike.** Drie Pantomime des Cirkus Busch. Die räthselhafte **Comtesse X.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Breglauer Thor)
Seifingerstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. I. G. und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 1 Mk., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Trianon-Theater
Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr. zwisch. Charlotten- u. Universitätsstr.
Lebende Lieder und kleine Spiele. Sonntagnachm. 4 Uhr:
Neues Kinder-Theater (früh. Künsterhaus) Tierspiele, Kinder-Quartett.

Cirkus A. Schumann.
Dienstag, den 28. Januar, abends präcise 7 1/2 Uhr:
Grosse ausserordentliche Gala-Vorstellung.
Nur noch einige Tage die Sensation des neuen Jahrhunderts
Mirza Golem-Truppe.
Neu! Persisch-kaukasische Karawane.
Neu! Selima, der beste weibl. Springer d. Welt. Deute Tandem-Entscheidungs-Rennen der Original-Sociale Reiter-Truppe, beste, aus den besten Reitern Amerikas und Englands. Neu! Orig. Bim-Bom, mystische Götter. Dir. Alb. Schumanns anerkannt unterrichtete dastehende Original-Dressuren. Ferner das közige vorzügliche Programm. Zum Schluss zum 116. Male, abends bis ständiger Beifall, das größte und glänzendste Romane-Schauspiel in 8 Akten

Quer durch Paris.
Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl!
Billigste Preise! Beste Garantie!

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Neu!
Die Zillerthaler.
Neu!
Die Volkschützen.
Nach jeder Nacht. TANZ.
Entree 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochent. Bereinigt gütig und Tanz frei.

Masken-Garderobe
von **Carl Ernst,**
Röpnickerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Borzeller dieser Annoace erh. 10% Preisermäßigung

Bruch-Pollmann
empfehl. kein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Pietzsch-Ordn.-u. Hilfs-Krankentafeln Berlin C. [31732]

30. Finien-Str. 30.
Ball- und Cottillon-Artikel.
Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine, Masken, Dekorations-, Scherz-, Janker-, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise.
Paul Schimlick, Berlin, Friedrichstr. 235.
Tel. VII Nr. 11 873. [33472]

36 Mk. elegante Winter-Paletots.
30 Mk. hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mk. schwere Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadelloser Sitz. [3177L]
14 Krausenstr. 14, 1 Tr., kein Laden, 1 Tr.

1 1/2 Millionen Mk.
sind mit einem Loos zu gewinnen. Jedes Loos mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Eintrag, daher bei Auslosung kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Patentlose. Gelegl. erlösend! Kein Schwindel! Jeder überzeuge sich erst und verlange Prospekt. 5/6*
P. Seidenfaden, Wühlhausen 181 (Thüringen).

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Branckstraße 9, Krausenstr. 19, Kallensteinstr. 28, Kautzstr. 2.
Dr. Simmel, Preisestr. 59.
Spezialarzt für 3/18* **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 11-12, 1-3, 6-8
Preisgekrönt auf allen Weltausstellungen.
Gegen

Nicht
Rheumatismus,
Gallenstein, Leber-,
Magen-, Nierenleiden,
Hautunreinigkeiten,
Fettleibigkeit,
Zuckerkrankh.,
Blutandrang
ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Berührung —
Monhaupts Citronensaftkur
mit naturbelastigtem milden Citronensaft von reifen „Citronen“ ges. Citronen als „Citronen“ ges. Berlin und nächste Verorte sende 1 Flasche „Citronen“, d. i. Saft von 30 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilof. d. i. Saft von 30 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Anwarts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankschreiben vieler Geheilten.
Täglich frische Pressung.
P. Monhaupts, Berlin P. Schönhauser Allee 177.
Fabrik sämtlicher Spezialitäten. Sonst nirgends weiter.
Telephon: Amt III. No. 92.

Das beste Genussmittel für den Magen
und unentbehrlich für jede Haushaltung ist
Nur echt mit vollstem Nennungsung **Dr. med. Woerleins Magen-trank**
Prof. Krst.
Weiter nach dessen Vorschrift: 33142*

Diätische Thees.
Rubrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.
Geschäftl. in Berlin in Wollfischen und Trogenen.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 2. Februar 1902, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:
Der Bettelstudent.
Operette von Willibrod.
Karten à 1 Mark (für Mitglieder und Gäste) sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben:
Norden: Knapp, Rest; Grünthalerstr. 5. Grubbandt, Breglauer Allee 215. Adolf Usher, Katerstraße 38, II. Nord-Ost: Heinrich Rest, Georgenstraße 47, Hof I. Nord-West: Hermann Beder, Cigarrengeschäft, Woyfowskystraße 9. Süd-West: J. Behr, Schulgasse 12. Wälderstraße 120. Süden: Hermann Bader, Cigarrengeschäft, Kommandantenstraße 62. Süd-Ost: Th. Staupel, Cigarrengeschäft, Mariannenstr. 26. D. Kuhn, Rest, Krausenstr. 83. G. Kautz, Wrongestr. 52. Osten: B. Uecl, Rest, Mühlendörferstraße 18 (Ecke der Kopenstr.). Dem. Girsch, Maternstraße 2. S.H. III. Schöneberg: B. Arendt, Oberdörferstr. 2. Friedenau: Carl Daus, Krotzstr. 15, S.H. III.

Sonntag, den 9. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater, Vorstellung für die I. Abteilung:
Die Karlsschüler.
Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.
Die Vorstellung für die II. Abteilung, zu der noch Mitglieder aufgenommen werden, findet am 16. Februar statt. Mitgliederanmeldungen werden in obigen Zahlstellen entgegengenommen.
150/3 **Der Vorstand.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Rütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Louis Kellers Festsäle
Koppenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
52322* Nach jeder Partie:
Familien-Kränzchen.
— Bonus haben Mitglieder. —
Jeden Mittwoch: Berliner Frater, Sankten-Allee.

Grösste Heizkraft
Geringster Aschengehalt
Kein Schlaeken-Rückstand!
sind die von altersher bewährten Vorzüge
MARIE
HENCKEL'S WERKE
Daher stellen sich diese echt Senftenberger

Henckels Brikets
thatsächlich im Gebrauch viel billiger als anders durch Reklame angepriesene Marken.
Alleiniger engros Vertrieb der Henckels-Brikets durch **Dahlmann & Co.,**
Berlin NW., Holsteiner Ufer No. 8.
Zu beziehen durch alle renommierten Kohlegeschäfte.

Das beste Genussmittel für den Magen
und unentbehrlich für jede Haushaltung ist
Nur echt mit vollstem Nennungsung **Dr. med. Woerleins Magen-trank**
Prof. Krst.
Weiter nach dessen Vorschrift: 33142*

Diätische Thees.
Rubrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.
Geschäftl. in Berlin in Wollfischen und Trogenen.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.
Unser **Bockbier-Ausstoss** hat
am Montag, den 27. Januar cr. begonnen.
Genauso empfehlen wir unser
Helles und dunkles Tafelbier,
Gambrinus Bräu, nach Münchener Art
und Böhmisches Pilsener
in Fässern und Flaschen ohne Pfand.
Telephon-Amt VII 5088 für Bestellungen in Fässern. in Flaschen. do. VII 1670

33432*

